

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 22.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4428.

Düsseldorf, 31. Mai 1913.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Belegv.-Adresse: Textilarbeiterband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Des Armen tiefste Not.

Des Armen tiefste Not kennt ihr noch nicht,
Nicht lindert sie die Fülle eurer Gaben;
Des Armen tiefste Not heißt Nehmen müssen,
Wenn seine Seele schenken will. . . .
Wenn seine Sehnsucht, einmal Freund zu sein
Als graue Bettlerin am Wegsaum hockt,
Im Schoß die welken Rosen einer Liebe,
Die schenken will. . . . Im Ohr ein altes Lied
Vom seligen Geben, das nicht enden kann. . . .
Therese Köstlin.

Der Radikalismus in der Gewerkschaftsbewegung.

I.

Die jüngste Bewegung in Krefeld hat uns wieder und wieder der Erkenntnis von einem ständig steigenden Radikalismus in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung Auge in Auge gegenübergestellt. Was wir da gesehen haben, ist indessen nur ein Ausschnitt aus einer Entwicklung, welche der aufmerksame Beobachter seit Jahr und Tag innerhalb der genannten Bewegung verfolgen kann. Die Krefelder Erscheinung läßt sich denn auch nur im Zusammenhang beurteilen und werten, wozu nachstehend mit einigen allgemeineren Ausführungen die Anregung gegeben werden soll.

Um den Dingen auf den Grund zu gehen, wird man zweckmäßig zwei Arten von Radikalismus unterscheiden: einen solchen, der sich mehr in großen und tönenden Worten erschöpft, und einen anderen, den man den Radikalismus der Tat nennen könnte. Der eine ist die bekannte Vorliebe mancher Sozialisten für Schlagworte, die der schlichte Mann nicht versteht, die aber darum nicht minder die ohnehin noch nicht ausreichend entwickelte Urteilskraft mancher Schichten unseres Volkes täuschen und trüben und damit die Widerstandskraft gegen den Radikalismus der Tat mehr und mehr aufreiben. Ein moderner Techniker, der zugleich ein guter Schriftsteller ist, hat demgegenüber von einer wachsenden Gewissenlosigkeit der „Wortleidenschaft“ geredet, und bemerkt: „Aus ungerader Denkart entsprossen, durch unwahre, nach allen Richtungen gefälschte Darstellungen genährt, verschärft und verfälscht sie die einfachsten und klarsten Beziehungen der Menschen zueinander, erschwert, verlangsamt und verteuert den ethischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verkehr und Interessenausgleich, ruft alle menschlichen Interessen schädigende soziale Spannungen hervor und vermehrt und verschärft die schon bestehenden. Die Uebertreibung ist ein Gift, das alle Quellen des Denkens vergiftet, alle Urteile fälscht.“

Der Radikalismus der Tat ist dann derjenige, dem es darauf ankommt, bestehenden Einrichtungen, wie es das Wort Radikalismus seinem lateinischen Ursprung gemäß andeutet, an die Wurzel zu gehen, sie zu untergraben.

Man braucht sich diese Beziehungen nur zu vergegenwärtigen, um sofort darüber klar zu werden, daß es sich in beiden Fällen um Erscheinungen handelt, die mit dem ureigensten Wesen der Gewerkschaft in schroffem Widerspruch stehen. Denn was will die Gewerkschaft? Sie will dem Arbeiter einen größeren Anteil an den Ertragsleistungen unserer heutigen Kultur sichern. Vom Standpunkte dieser Zwecksetzung aus kommt es infolgedessen nicht darauf an, die Ertragsleistungen

unserer heutigen Kultur über den Haufen zu rennen, sondern sie so auszugestalten, daß der Arbeiter vermittelt seiner Standesbewegung angemessenen Anteil an ihr nehmen kann. Man hat deswegen auch mit vollem Recht von der konservativen Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung gesprochen. Und auf der Linie dieses Gedankenganges liegt das bekannte Wort des sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikers Schippel: „Die deutsche Arbeiterklasse, bei allen ihren Kämpfen mit dem Kapital, fühlt sich in vielen Stücken als der natürliche Bundesgenosse einer weitblickenden, kühn ausgreifenden Industriepolitik. Wir mögen diese historisch gegebene Produktionsordnung nicht lieben, und doch sind wir nichts ohne sie, und nur mit ihrer Erweiterung und Ausreifung kann auch das Proletariat seinen großen geschichtlichen Aufgaben entgegenwachsen und reifen.“

Es drängt sich denn auch unwillkürlich die Ueberzeugung auf, daß die sozialistischen Gewerkschaften, soweit und in dem sie dem Radikalismus nachgeben, im letzten Grunde nicht eine Förderung der Gewerkschaftsbewegung im Auge haben, sondern vielmehr die Gewerkschaften als Mittel in den Dienst des revolutionären Zweckes stellen, die ganze bestehende Ordnung umzuwerfen und auf ihren Trümmern die berühmte „neue Gesellschaft“ aufzurichten, von der niemand und am allerwenigsten ihre begeistertsten Schilderer selbst recht wissen, was sie sein und was sie nicht sein soll.

Es hat eine Zeit gegeben, wo sich die sozialistischen Gewerkschaften Tendenzen der vorstehend beschriebenen Art mit verhältnismäßig großer Energie widersetzt haben. Lange Zeit hat man hören können, daß sich die Gewerkschaften auf den Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung zu stellen hätten, um von da aus ihre Forderungen geltend zu machen. Heute hört man kaum noch Anklänge an diese einstige Auffassung; vielmehr gilt es als ausgemachte Sache, daß der Gewerkschaftskampf in jedem Falle ein Stück Klassenkampf sei, und daß sich die Gewerkschaften nur als einen Teil der Gesamtorganisation anzusehen haben, die nach Umgestaltung durch den Klassenkampf strebe. Es wäre nicht schwer, das mit einer ganzen Reihe von Zeugnissen und ausdrücklichen Erklärungen bedeutender Gewerkschaftsführer- und Organe zu beweisen. Woher dieser Umschwung? —

Die Sympathie des Sozialismus gegenüber der Gewerkschaftsbewegung war niemals eine übermäßig große. Man duldete die Gewerkschaften innerhalb des Sozialismus, um nicht Hunderttausende von Mitgliedern verlieren zu müssen. Was indes die Haltung der Sozialisten im Hinblick auf die gewerkschaftlichen Vorkämpfer besonders charakterisierte, war die Mißachtung und das höhnische Herabsehen auf jene, welche die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter mittelst einer in engen Grenzen gehaltenen Lohnsteigerung der Propaganda zu Gunsten des revolutionären Endziels vorzogen. Man glaubte eben bis etwa zum Jahre 1895 und auch noch später an das bevorstehende Eintreten der Wirtschaftskatastrophe, die ein neues Zeitalter einleiten würde. Als sich um die Jahrhundertwende die neue Ära des Kollektiv- und Korporativvertrags zu entfalten begann, und als die sozialistischen Gewerkschaften entschlossen die neue Bahn einschlugen wollten, zeigte sich der Weg von Beginn an voller Hindernisse: der offizielle Sozialismus widersetzte sich mit allen Kräften dem „Pakt mit der kapitalistischen Gesellschaft“. Doch waren einzelne Gewerkschaften, wie jene der Buchdrucker, der Bauarbeiter usw., bereits zu weitgehende Verpflichtungen eingegangen, um eine plötzliche Schwenkung begründen zu können. Ueberdies schien ihnen der Tarifvertrag als das einzige Mittel, ein allzu schnelles Anwachsen der Arbeitgeberkräfte, die sich auf der ganzen Linie

zusammenfügten, um sich den Arbeiterforderungen erfolgreicher entziehen zu können, zu verhindern. Und schließlich wurde von Seiten der christlichen Gewerkschaften, obgleich diese erst in ihrer ersten Jugend standen, keinerlei Zweifel gelassen über deren freundliche Stellungnahme gegenüber dem Prinzip des Tarifvertrages; sehen die christlichen Gewerkschaften doch in derartigen Verträgen eine gewisse Gewähr für die Erzielung eines endlichen Friedens zwischen den beiden Interessenten des Arbeitsvertrages. Und so blieb nichts übrig, als den sozialistischen Gewerkschaften die Parole auf den Weg zu geben, sich vorsichtig auf dem neuen Gebiete zu betätigen, da zunächst dessen Bedeutung für das Endziel: den Klassenkampf, erprobt werden mußte.

Gewiß — warum sollte man es nicht eingestehen? — die Freunde einer ernstlichen Gewerkschaftsbewegung mit dem alleinigen Zweck der Hebung der Arbeiterklasse haben sich große Dinge vom Tarifvertrag versprochen. Dieser würde, so glaubten sie, die sozialistischen Gewerkschaftler vom Klassenkampf ablenken und sie dem Gedanken eines zwar langsamen, aber unausgesetzten Fortschrittes ihrer Stellung zugänglich machen. Im Anfang ging ja auch alles vorzüglich. Es schien, als ob eine von Jahr zu Jahr zunehmende Entfremdung zwischen dem offiziellen Sozialismus und den sozialistischen Gewerkschaften eintrete. Als im Jahre 1905 die Ereignisse in Rußland die Diskussion über den Generalstreik in Deutschland hineingeworfen hatten, schien es einen Augenblick, als ob man eine völlige Scheidung zwischen den revolutionären Sozialisten und den Gewerkschaftssozialisten erwarten dürfe. So lebhaft widersetzten sich die Gewerkschaftler dem Gedanken, ihre mühsam gesammelten Kräfte einem Plan widmen zu müssen, dessen verhängnisvoller Ausgang in einem so gewaltig bewaffneten Lande wie Deutschland auch nicht dem Schatten eines Zweifels unterliegen könnte. Anlässlich ihres Kölner Kongresses vom Jahre 1905 schreckten die sozialistischen Gewerkschaftler sogar nicht davor zurück, die Resolution der sozialistischen Partei zu desavouieren. Und es bedurfte des ganzen Einflusses und der ganzen Beredsamkeit Bebel's, des Parteichefs, um die Sache wieder „einzurenken“ und die Gewerkschaften zu dem Versprechen zu bringen, die Pläne der Partei nicht durchzueren zu wollen, falls diese letztere die Inszenierung eines Massenstreiks für unumgänglich notwendig ansehen sollte.

Indessen braucht man sich nur die grundsätzliche Intransigenz des Sozialismus vor Augen zu halten, um einzusehen, daß es dabei nicht sein Bewenden haben würde; die neu geschaffene Situation schien den Anhängern des revolutionären Sozialismus nicht nur zu ungewiß, sondern vor allem zu demütigend.

Sie hatten den Fanatikern des „bornierten“ und „selbstgefälligen“ Gewerkschaftertums Raue geschworen. In der Tat war ihrerseits schon bald eine Aenderung in der Taktik zu beobachten. Man bemühte sich jetzt in den Kreisen der Wortführer der Revolutionäre, zwischen den in den Gewerkschaften organisierten Massen und deren Führern Zwiesprache zu führen. Die Massen wurden als ganz, oder fast ganz bereit hingestellt, den revolutionären Kampf aufzunehmen; es fehle nur an der kräftigen Initiative und der Begeisterung in den Köpfen und Herzen der Gewerkschaftsführer, die ihre gehobene und friedlicher gewordene Stellung „verbürgerlicht“ habe.

Du sollst nicht nutzlos halten still
Bei halbem Werk und rufen voller Bangen:
Unmöglich ist's, dumm, daß ich's angefangen!
Der Mensch kann alles, was er ernstlich will!
Geop. Böhmer.

Ein neuer Skandal im sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande.

„Arbeiterverrat“, „Schandtat“, „Schurkerei“, „Betrug und Hintergehung der Mitglieder“, so und noch weit schlimmer lauten die Vorwürfe, die seit Wochen gegen die Leitung unseres Verbandes vom „Textilarbeiter“ und den Beamten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes erhoben werden. Heute klingen dieselben Schimpfworte den Führern des sozialdemokratischen Verbandes in den Ohren, und es sind die eigenen Verbandsmitglieder, die solche Vorwürfe gegen die Verbandsleitung erheben. Die Ursache ist folgende:

In den Nienmendrehereien, so nennt man im Wuppertale die Flechtereibetriebe, erhalten fast sämtliche Arbeiter feste Wochenlöhne. Die bei Tag beschäftigten 24.— Mark und die Nachtarbeiter 26.— Mark pro Woche. Die Nienmendrehereiarbeiter sind seit Jahren bemüht, diese Lohnsätze aufzubessern. Zuletzt wurden im Herbst vorigen Jahres in einer Reihe von Betrieben Lohnforderungen gestellt. Die Unternehmer lehnten die Forderungen ab. Auf Veranlassung der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes wurde die Bewegung begraben.

Anfang April dieses Jahres wollte die Firma G. d. Molincus & Söhne in Barmen anstelle der festen Wochenlöhne Akkordlöhne einführen. Die Firma hat zwei Betriebe in Barmen, einen in der Turnstraße und einen auf Klausen. Die Arbeiter des Betriebes in der Turnstraße traten am 9. April in den Ausstand, um das Akkordlohnsystem abzuwehren. Die Arbeiter des Betriebes auf Klausen wollten ebenfalls streiken, erhielten hierzu aber nicht die Genehmigung, mußten vielmehr Streikarbeit machen. Bei der Verhandlung vor dem Prüfungsausschuß des Arbeitgeberverbandes erklärte Herr Molincus, daß den Arbeitern der bisherige Lohn garantiert werden solle. Wer nach den Akkordlöhnen mehr verdienen wolle, könne es ja der Verbandskasse überweisen. Jetzt sollte also ein Prämienlohnsystem eingeführt werden, das von der organisierten Arbeiterschaft von jeher bekämpft wurde. Auch die streikenden Arbeiter waren dagegen, weil sie befürchteten, daß durch dieses Lohnsystem Uneinigkeit unter die Arbeiter getragen würde, die Arbeiter mehr Maschinen als bisher zu bedienen erhielten, wodurch Arbeiter entlassen werden müßten und daß in kürzester Zeit doch von der Firma das zuerst angebotene Akkordlohnsystem eingeführt werde. Die Verbandsleiter rebeten aber solange auf die Arbeiter ein, bis diese sich zur Aufnahme der Arbeit bereit erklärten.

Als nun die Firma in ihrem Betriebe auf Klausen, wo die Arbeiter während des Streiks hatten weiter arbeiten müssen, das Prämienlohnsystem einführt, kam es zu Differenzen, und nun traten die Nienmendreher dieses Betriebes am 8. Mai in den Streik. Die Arbeiter des Betriebes in der Turnstraße erklärten sich solidarisch und streikten ebenfalls. Die Verbandsleitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes genehmigte den Streik. Von der bestreikten Firma wurde nun versucht, die Arbeit bei anderen Firmen unterzubringen. Auch die Arbeiter dieser Betriebe weigerten sich, Streikarbeit zu machen und wurden deshalb entlassen.

Als so die Bewegung immer weitere Kreise zog, ließen sich auch die Verbandsbeamten sehen, die vorher nie Zeit hatten, „weil sie zu sehr mit Arbeiten für die Landtagswahl beschäftigt waren“, wie es in einem Kundenscheiben an die Branchenleiter hieß. Jetzt ging es zu sehr an den Geldbeutel, und da hieß es, den Streik abwürgen, obgleich keine Aussperrung angekündigt war.

Am Mittwoch, den 21. Mai, wurde von den Verbandsbeamten den Arbeitern der Firma Molincus zugeredet, die Arbeit doch wieder aufzunehmen, und zwar bedingungslos. Die Arbeiter waren dagegen, und es kam zu stürmischen Auftritten. Die Verbandsbeamten, darunter das Zentralvorstandsmitglied Köffel aus Berlin, wurden niedergedrückt. Verräter, Bremser, Schafste und mehr dergleichen Namen aus dem bekannten Schimpfregister wurden den Beamten ins Gesicht geschleudert. Jetzt wisse man auch, was man von dem Geschrei über den angeblichen Arbeiterverrat des christlichen Verbandes in Krefeld zu halten habe. Dort hätten die Färber doch etwas erreicht, hier sollten aber die Arbeiter einen berechtigten Abwehrkampf bedingungslos abbrechen. Auch über die Leistung von Streikarbeit kam es zu interessanten Auseinandersetzungen.

Die unaufrichtig verlaufene Versammlung ergab nicht das von der Verbandsleitung gewünschte Resultat. Es wurde weiter gestreikt.

Jetzt versuchte man auf eine andere Weise den Kampf zu beenden. Obgleich man vorher den nichtbezugsberechtigten Mitgliedern Unterstützung in Aussicht gestellt hatte, weil es sich um einen berechtigten Abwehrkampf handelte, erhielten diese bei der Auszahlung nichts. Von den Streikenden waren Sammelkassen ausgegeben worden, um durch freiwillige Beiträge die nichtbezugsberechtigten zu unterstützen. Auf Veranlassung der Verbandsleitung mußten diese Sammelkassen wieder eingezogen werden, damit die Arbeiter nur ja nichts erhalten sollten. In der Annahme, daß diese Arbeiter nun die Arbeit wieder aufnehmen würden, sah man sich getäuscht. Nach wie vor fanden die Arbeiter jetzt zusammen und beschloßen, den Kampf weiterzuführen.

Doch der Kampf sollte unter allen Umständen abgebrochen werden, koste es, was es wolle. So wurde auf Freitag, den 23. Mai, erneut eine Versammlung der

streikenden Arbeiter von Molincus anberaumt, obgleich tags zuvor noch beschlossen worden war, weiter zu streiken. In der Versammlung kam es wieder zu stürmischen Auftritten. Zunächst versuchte die Streikleitung, die Arbeiter zu bestimmen, den Kampf abzubringen. Vergeblich. Dann mühten sich die Beamten Struß und Krohnen im Schweiße ihres Angesichtes ab, den Arbeitern begreiflich zu machen, daß der Kampf abgebrochen werden müsse. Als Hauptgründe wurden zunächst ins Feld geführt, daß 1. der Geschäftsgang augenblicklich kein guter sei und 2. die Streikarbeit nicht überall verhindert werden könne. Als dritter und wichtigster Grund wurde dann vom Geschäftsführer Wilhelm Krohnen angeführt, daß durch den bereits 12 Wochen andauernden Kampf der Krefelder Färber der sozialdemokratische Verband finanziell so stark belastet sei, daß er jetzt keinen zweiten größeren Kampf führen könne.

Für diese Situation müßten die Streikenden doch Verständnis haben. Doch die Streikenden zeigten kein Verständnis für diese von der Verbandsleitung geschaffene heikle Lage. Sie führten aus, daß sie gleichberechtigte Mitglieder seien. Die Konjunktur sei nicht schlechter als bei Ausbruch des Kampfes. Die Solidarität der Nienmendreher sei jetzt besser wie je zuvor. Troßdem die Verbandsbeamten alles getan hätten, die Arbeiter in den Betrieben zu halten, hätten diese die Streikarbeit verweigert.

Nach Schluß der langen Debatte wurde über den Antrag der Verbandsleitung, die Arbeit am nächsten Tage wieder aufzunehmen, in geheimer Abstimmung abgestimmt und mit 71 gegen 27 Stimmen beschlossen, den Kampf weiterzuführen. Das hatten die Verbandsführer nicht erwartet, denn sie hatten den Arbeitern mehrerer Betriebe einige Stunden vorher schon erklärt, sie bräuchten die Arbeit nicht einzustellen wegen der Streikarbeit, resp. sie könnten die Arbeit wieder aufnehmen, weil die streikenden Arbeiter von der Firma Molincus beschlossen hätten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Und dabei war das gerade Gegenteil richtig. So wurden die Arbeiter hinter's Licht geführt. So rächen sich aber auch alle Lügen.

Doch die Streikenden sollten unbedingt in die Betriebe hineingezwungen werden. Das zeigte sich jetzt. Denn nach der Abstimmung brachte der Versammlungsleiter ein Schreiben des Zentralvorstandsmitgliedes Köffel Berlin zur Verlesung, in welchem mitgeteilt wurde, daß der Zentralvorstand des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, den streikenden Nienmendreher von der Firma Molincus keine Unterstützung mehr auszusprechen. Die Arbeiter waren zunächst sprachlos, doch dann setzte ein großer Lärm ein. Pfui! Schafste! Lügner! Verräter! Bremslöcher! Wir treten alle aus! Keinen Pfennig Beitrag zahlen wir mehr! So ging es minutenlang. Eine nochmalige Aufforderung, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen, wurde mit Hohnrufen und allseitigen Meinrufen aufgenommen.

Wegen der großen Erregung konnte die Versammlung, die bis gegen 12 Uhr nachts gedauert, nicht weiter geführt werden. Die Arbeiter haben denn auch am 25. Mai die Arbeit nicht aufgenommen. Doch das wird alles nichts helfen. Wenn die Arbeiter keine Unterstützung erhalten, sind sie gezwungen, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, denn sie wollen doch leben. Tatsächlich hat denn auch ein Teil die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem in einer dritten Versammlung mit 46 gegen 44 Stimmen die Wiederaufnahme beschlossen worden war.

Nun vergleiche man diesen Kampf mit dem Färberkampf in Krefeld. In Krefeld ein Angriffstreik, bei dem in den ersten Tagen eine annehmbare Lohnschöpfung, bessere Bezahlung der Ueberstunden und eine Arbeitszeitverkürzung erreicht wurde. Hier in Barmen ein Abwehrkampf von einer Arbeiterschaft, die seit sieben Jahren keine Lohnverbesserungen erhalten hat. Hier in Barmen muß der Kampf abgebrochen werden, um in Krefeld wöchentlich Zehntausende nutzlos zu verpulvern. In Krefeld beschlossen die christlich organisierten Färber, einen aussichtslosen Nienmengkampf abzubringen, nachdem für die Färber 1,50 M. an Lohnschöpfung und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung wöchentlich zugestimmt war. „Verrat“, „Verrat“, schallte es da durch den roten Blätterwald und von den Lippen aller Dapendogmatoren.

In Barmen beschließen die Nienmendreher das Akkord- und Prämienlohnsystem unter allen Umständen abzuwehren. Da versagt der Zentralvorstand des sozialdemokratischen Verbandes den Arbeitern jede Unterstützung, um sie gegen ihren Willen wieder in die Betriebe zu zwingen. Wenn das Verhalten der christlichen Verbandsmitglieder und der Leitung unseres Verbandes bei dem Krefelder Kampfe von roter Seite als Verrat bezeichnet wird, welcher Ausbund ist dann passend für die Haltung der Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes bei dem Abwehrstreik der Nienmendreher in Barmen? —

Die Entwicklung des freien Samstag-nachmittags im Jahre 1912.

(Siehe hierzu den Artikel in der vorhergehenden Nummer der Textilarbeiter-Zeitung.)

Man darf sich unter dem Begriff „freier Sonnabend-nachmittag“ nicht etwas Einheitliches denken. Es ist vielmehr zu unterscheiden: 1. Ein freier Sonnabend-nachmittag, der auf eine wesentlich verkürzte Arbeitszeit folgt, und zwar so, daß der Betrieb zu der Zeit vollständig ruht, wenn an den anderen Wochentagen die Mittagspause beginnt. 2. Der freie Sonnabendnachmittag, der durch eine gewisse Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit unter gleichzeitiger Einschränkung der Pausen gewonnen wird. Und 3. jener freie Nachmittag an Sonnabenden, der auf eine achtstündige Arbeitszeit mit wesentlich verkürzten Pausen folgt.

Von diesem Gesichtspunkte aus soll an die Prüfung der preussischen Gewerbeinspektionsberichte vom Jahre 1912 herangetreten werden. Vorweg sei betont, daß in diesem Jahresbericht besonderer Wert darauf gelegt ist, die Verbreitung des freien Sonnabendnachmittags darzutun. Aus mehreren Inspektionsbezirken liegen sogar ausführliche Tabellen vor, aus denen die Zahl der Betriebe und Arbeiterinnen, die Dauer der Arbeitszeit und Mittagspause sowie der Arbeitschluß an Samstagen hervorgehen.

So wird aus Pönigsberg berichtet, daß häufig die Mittagspause verkürzt und die sonst übliche Nachmittagspause an den Sonnabenden aufgehoben wird. Eine sechs- bis siebenstündige Arbeitszeit an Samstagen haben dort 15 Betriebe mit insgesamt 703 Arbeiterinnen. Wengleich der Bericht den freien Sonnabendnachmittag nicht erwähnt, so kann wohl angenommen werden, daß die genannten 15 Betriebe zu denen unter Punkt zwei dieser Aufstellung zu rechnen sind.

Im Bericht aus dem Regierungsbezirk Potsdam ist eine genaue Tabelle enthalten über die Arbeitszeit an Sonnabenden. Nur die Angaben betreffend die Textilindustrie seien hier wiedergegeben. Es hatten eine Arbeitszeit mit bis 4 1/2 Stunden 1 Betrieb mit 10 Arbeiterinnen; über 6 1/2 bis 7 Stunden 2 Betriebe mit 715 Arbeiterinnen; über 7 bis 7 1/2 Stunden 9 Betriebe mit 443 Arbeiterinnen; über 7 1/2 bis 8 Stunden 53 Betriebe mit 4995 Arbeiterinnen. Der Arbeitschluß fiel auf mittags 1 Uhr oder früher bei 2 Betrieben mit 315 Arbeiterinnen; auf 1 1/2 bis 2 Uhr bei 2 Betrieben mit 549 Arbeiterinnen; auf 2 bis 2 1/2 Uhr bei 4 Betrieben mit 932 Arbeiterinnen; auf 2 1/2 bis 3 Uhr bei 1 Betrieb mit 27 Arbeiterinnen; auf 3 bis 3 1/2 Uhr bei 8 Betrieben mit 504 Arbeiterinnen; auf 3 1/2 bis 4 Uhr bei 28 Betrieben mit 2415 Arbeiterinnen; auf 4 bis 4 1/2 Uhr bei 12 Betrieben mit 1236 Arbeiterinnen und auf 4 1/2 bis 5 Uhr bei 8 Betrieben mit 185 Arbeiterinnen. Wie viele der Arbeiterinnen wirklich den freien Sonnabendnachmittag bekommen, ist aus der Aufstellung nicht ersichtlich. Doch läßt sich mit Sicherheit darauf schließen — nach dem Arbeitschluß zu urteilen —, daß ein Teil, sagen wir rund 1500 Arbeiterinnen, den freien Nachmittag für sich hat. Ein anderer erheblicher Prozentsatz bekommt bei achtstündiger Arbeitszeit schon um 4 Uhr oder vorher Schluß, während nur verhältnismäßig wenige der Arbeiterinnen bis 5 Uhr beschäftigt sind.

Von Frankfurt a. D. liegt folgendes Resultat vor:

„Einen besonders frühen Arbeitschluß mit gleichzeitig nennenswert verkürzter Arbeitszeit haben folgende Betriebe: Eine Zutefabrik (reine Arbeitszeit 5 1/2 Stunden, Schluß 1 Uhr), eine Geschäftsbücherfabrik (6 1/2 Stunden, Schluß 1 1/2 Uhr), eine Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik (6 Stunden, Schluß 1 Uhr), zwei Posamentenfabriken (5 1/2 und 6 1/2 Stunden, Schluß 1 und 2 Uhr), eine Papierwarenfabrik (6 1/2 Stunden, Schluß 1 1/2 Uhr). Im Winter verließen sich hierbei Arbeitsbeginn und Schluß gewöhnlich um eine halbe Stunde. In den genannten Betrieben waren 1360 Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigt, also rund 4% der Gesamtzahl.“

Wengleich also erst der 25. Teil der Arbeiterinnen dieses Bezirks den freien Sonnabendnachmittag erhält, so ist dieses Ergebnis immerhin bemerkenswert. Sind doch auch drei Textilbetriebe unter den aufgeführten Firmen.

Der Bericht aus dem Landespolizeibezirk Berlin weist darauf hin, daß an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage die Arbeit vereinzelt bereits um 12 oder 1 Uhr beendet wird. Im übrigen macht der Bericht wohl Angaben über den Fröhlichschluß an Samstagen, jedoch erfährt der freie Nachmittag sonst keine Erwähnung.

Im Bezirk Stettin und Straßund sind zwei Betriebe verzeichnet, die den freien Sonnabendnachmittag eingeführt haben. Es ist eine Blechemballagenfabrik, die ihren Betrieb um 12 Uhr, und eine große Zuckerwarenfabrik, die denselben um 1 Uhr schließt.

Bemerkenswert dürfte sein, was aus dem Regierungsbezirk Bromberg geschrieben ist. Gegenüber den mehrfach angestellten Versuchen, die englische Arbeitszeit an Sonnabenden einzuführen, habe die Arbeiterschaft Widerstand geleistet. — Es scheint, daß dieser Widerstand weniger dem frühen Arbeitschluß als vielmehr der Einführung der neuen Pausen bei der achtstündigen Arbeitszeit gegolten hat.

Der Breslauer Gewerbeinspektionsbericht gibt an, daß eine Zigarettenfabrik und einzelne Abteilungen einer lithographischen Kunstanstalt im Sommer schon zwischen 12 und 1 Uhr geschlossen werden. Außerdem sind es nur noch einige Großstadtbetriebe, die den Arbeitschluß auf 2 Uhr festgelegt haben.

Aus dem Regierungsbezirk Siegnitz meldet der Bericht, daß mehrere Textilbetriebe dazu übergegangen sind, an den Sonnabenden bei einer halbständigen Mittagspause durcharbeiten zu lassen, so daß um 2 1/2 oder 3 Uhr Arbeitschluß ist.

Vom Inspektionsbezirk Magdeburg liegt ebenfalls die Nachricht vom Fröhlichschluß bei verkürzter Mittagspause.

vor; außerdem gibt es einzelne Betriebe, die um 1 Uhr schließen.

Im Bericht der Gewerbeaufsicht des Bezirks Merseburg wird zunächst die große Mannigfaltigkeit besprochen, welche die Regelung der Arbeitszeit an den Sonntagen innerhalb des gesetzlichen Rahmens aufweist.

Das Verbrechen des Generalstreiks in sozialdemokratischer Beleuchtung.

Die sozialdemokratische Presse Deutschlands feierte den Ausgang des belgischen Generalstreiks als „einen herrlichen Sieg des Generalstreikgedankens“.

Das „belgische Experiment“ verlange eine ernste kritische Prüfung, wolle man nicht „im Tone des Offiziententums stets und lediglich zu allem Beifall klatschen, was die sozialdemokratische Partei tut oder läßt“.

„weder den stürmischen Bewegungen von 1893 und 1902, noch den politischen Streiks in Schweden und Oesterreich, noch auch den revolutionären Streiks in Rußland.“

„Im Gegensatz zu ähnlichen früheren Bewegungen in Belgien oder anderswo handelt es sich diesmal nicht mehr um einen improvisierten und stürmischen, sondern um einen langen, geduldig und methodisch vorbereiteten Streik.“

„Und was ist der Erfolg dieses „lange, geduldig und methodisch vorbereiteten“ politischen Massenstreiks? Tasse man das unmittelbare greifbare Resultat ins Auge, so meint die genannte Sozialistin,

„dann ist der Schluß nicht abzusehen, daß das neue Experiment der belgischen Partei unvergleichlich weniger eingbracht hat, als ihr erster Anlauf vor 20 Jahren.“

Die belgischen Sozialistenführer suchen nun den Kern der Sache zu verschieben, indem sie sagen, der Erfolg des Kampfes läge nicht in dem, was erreicht worden sei, sondern daß ihn „das Proletariat so ausgezeichnet geführt“ habe.

„Wo . . . der Streik von sehr langer Hand ganz methodisch und systematisch vorbereitet wurde und zwar ausdrücklich zu dem bestimmten politischen Zwecke, die seit zwanzig Jahren festgefahrene Frage der Wahlrechtsreform vorwärts zu stoßen, da erscheint es etwas seltsam, um den Streik gewissermaßen als Selbstzweck zu feiern, den eigentlichen Zweck aber: das parlamentarische Resultat, das erzwungen werden sollte, als nebenfällige Lappalie zu behandeln.“

„Wenn gefüllte Hilfskassen und gutorganisierter Nahrungsmittelvertrieb über den Ausgang einer Massenbewegung entscheiden würden, dann müßte der belgische Generalstreik ein April Wunder wirken können.“

Die täglich erscheinende sozialistische Zeitung Englands, „Daily Herald“, hatte für die Dauer des Kampfes einen Spezialberichterstatter in Belgien, der nun über die belgischen Massenstreikführer

Gift und Galle ausgießt, weil sie die Arbeiter belogen und betrogen hätten. Unterm 28. April nimmt diese englische Zeitung Bezug auf den Parteitongress Belgiens, der die Aufhebung des Generalstreiks beschloß.

„Arbeiter! Bewahrt eure Disziplin! Ihr legt zusammen die Arbeit nieder. Nehmt auch die Arbeit vereint wieder auf!“

„In La Louvière ist der Gewerkschaftsvorsitzende bis jetzt das einzige Opfer, aber an den anderen oben angegebenen Plätzen gibt es viele, denen die Türen der alten Arbeitsplätze verschlossen bleiben.“

„In La Louvière ist der Gewerkschaftsvorsitzende bis jetzt das einzige Opfer, aber an den anderen oben angegebenen Plätzen gibt es viele, denen die Türen der alten Arbeitsplätze verschlossen bleiben.“

„Sogar Ansele, der Präger der oben zitierten Worte, Ansele, welcher nach Meinung der Belgier der leitende Genius des Streiks war, hat nichts getan.“

„Wenn nicht in den nächsten Stunden etwas ganz Bestimmtes getan und die heiligen Schwüre, welche die Führer den Arbeitern gaben, wonach kein Opfer des Streiks ohne den Schutz der Partei bleiben sollte, eingelöst werden, so ist man gezwungen zu schreiben, daß noch niemals Loyale Streiker niederrätiger betrogen wurden, wie in diesem Streik.“

„Über auf der ersten Seite, da wird das Volk regallert und auf das genaueste wird berichtet, wie der König die Ausstellung eröffnete.“

„Ebenso wird in Fettdruck weitergegrahlt: Alle Arbeiter sind am Montag wieder zurück zur Arbeit!“

„Zum Dank dafür, daß die belgischen Sozialisten den Generalstreik provozierten im Interesse des liberalen Bürgertums und einiger großkapitalistischer Machthaber, werden die betrogenen Arbeiter jetzt zu Tausenden gemahregelt.“

„Daß sich der betrogenen belgischen Arbeiterschaft eine große Erregung und Empörung bemächtigt, ist verständlich.“

„Nach mehrfachen, langwierigen Verhandlungen ist nunmehr die Erneuerung des Tarifvertrages im Baugewerbe zustande gekommen.“

„Der Friede im Baugewerbe gesichert.“

„Die Zahl der Arbeiterinnen in der Textilindustrie, die Bedeutung der Frauenarbeit im Produktionsprozeß, die technischen Bedingungen der Textilindustrie machen die Forderung besserer fachgewerblicher Ausbildung der Textilarbeiterinnen zu einer unabwendbaren Notwendigkeit.“

„Es wäre deshalb dringend notwendig, den Arbeiterinnen unserer Industrie mehr Gelegenheit zur fachgewerblichen Ausbildung zu eröffnen.“

„Die Zahl der Arbeiterinnen in der Textilindustrie, die Bedeutung der Frauenarbeit im Produktionsprozeß, die technischen Bedingungen der Textilindustrie machen die Forderung besserer fachgewerblicher Ausbildung der Textilarbeiterinnen zu einer unabwendbaren Notwendigkeit.“

„Es wäre deshalb dringend notwendig, den Arbeiterinnen unserer Industrie mehr Gelegenheit zur fachgewerblichen Ausbildung zu eröffnen.“

„Die Zahl der Arbeiterinnen in der Textilindustrie, die Bedeutung der Frauenarbeit im Produktionsprozeß, die technischen Bedingungen der Textilindustrie machen die Forderung besserer fachgewerblicher Ausbildung der Textilarbeiterinnen zu einer unabwendbaren Notwendigkeit.“

„Es wäre deshalb dringend notwendig, den Arbeiterinnen unserer Industrie mehr Gelegenheit zur fachgewerblichen Ausbildung zu eröffnen.“

„Die Zahl der Arbeiterinnen in der Textilindustrie, die Bedeutung der Frauenarbeit im Produktionsprozeß, die technischen Bedingungen der Textilindustrie machen die Forderung besserer fachgewerblicher Ausbildung der Textilarbeiterinnen zu einer unabwendbaren Notwendigkeit.“

Differenzen. In manchen Orten und Bezirken, vor allem in Rheinland-Westfalen, lehnten die Unternehmer den Scharfmacherstandpunkt heraus und machten entgegen der Erwartung gar keine oder nur unerhebliche Zugeständnisse.

„Anfang Mai nahmen die Generalversammlungen der beteiligten Bauarbeiterverbände zu den Ergebnissen der Tarifverhandlungen Stellung.“

„So ist denn der Friede im Baugewerbe gesichert. Nicht nur für letzteres, auch für unsere gesamte Volkswirtschaft ist diese Tatsache erfreulich.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

„Über den materiellen Erfolg der Bewegung ist zu sagen, daß er, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch durchaus beachtenswert ist.“

Allgemeine Rundschau.

Mehr berufliche Ausbildung für die Textilarbeiterinnen. Im Sinne dieser Forderung wurde bei der Hauptversammlung des Verbandes für Handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau — 25. und 26. April in Charlottenburg — ein Referat erstattet.

„Es wäre deshalb dringend notwendig, den Arbeiterinnen unserer Industrie mehr Gelegenheit zur fachgewerblichen Ausbildung zu eröffnen.“

„Es wäre deshalb dringend notwendig, den Arbeiterinnen unserer Industrie mehr Gelegenheit zur fachgewerblichen Ausbildung zu eröffnen.“

„Es wäre deshalb dringend notwendig, den Arbeiterinnen unserer Industrie mehr Gelegenheit zur fachgewerblichen Ausbildung zu eröffnen.“

„Es wäre deshalb dringend notwendig, den Arbeiterinnen unserer Industrie mehr Gelegenheit zur fachgewerblichen Ausbildung zu eröffnen.“

„Es wäre deshalb dringend notwendig, den Arbeiterinnen unserer Industrie mehr Gelegenheit zur fachgewerblichen Ausbildung zu eröffnen.“

„Es wäre deshalb dringend notwendig, den Arbeiterinnen unserer Industrie mehr Gelegenheit zur fachgewerblichen Ausbildung zu eröffnen.“

„Es wäre deshalb dringend notwendig, den Arbeiterinnen unserer Industrie mehr Gelegenheit zur fachgewerblichen Ausbildung zu eröffnen.“

- a) Zulassung der Frauen und Mädchen zu den Arbeits- und Meisterkursen, welche eine theoretische Unterweisung sowohl wie eine vielseitige praktische Ausbildung vermitteln.
 - I. in der Spinnerei (Beispiel: Höhere Textilfachschule zu M. Gladbach),
 - II. in der Weberei (Beispiel: Höhere Textilfachschule zu M. Gladbach und Chemnitz),
 - b) Zulassung der Frauen und Mädchen zu den Kursen für Musterzeichnen an allen höheren Textilfachschulen, und zwar:
 - I. zu den Abendkursen (Beispiel: Höhere Textilfachschule zu Chemnitz),
 - II. zu den Tageskursen (Beispiel: Höhere Textilfachschule zu Chemnitz und Berlin).
4. Die Zulassung von Schülerinnen zu den Tages- oder Fabrikantenkursen ist sehr zu empfehlen, da eine technisch-industrielle Schulung den Frauen neue Berufsmöglichkeiten sowie eine befriedigende Tätigkeitsphäre eröffnen wird.
- Die Verwirklichung dieser Leitfäden müssen wir, die christlich organisierten Textilarbeiterinnen, herbeiführen helfen.
- Die fachgewerbliche Erziehung, verbunden mit folgender besserer Bewertung unserer Arbeit, wird die Berufsfreude wecken und erhalten.

lischen Arbeitervereins (Sitz Berliner Richtung) in Oberschönebeck am 13. April d. J. kam das Verhältnis der Fachabteilungen zu den gelben Werkvereinen zur Sprache. Nach Mitteilungen der „Baugewerkschaft“ (Nr. 17, 1913) führte ein Diskussionsredner aus, daß ihm ein Werkmeister gesagt habe, Mitglieder der katholischen Arbeiterorganisation „Sitz Berlin“ bräuchten nicht Mitglied des gelben Werkvereins zu werden; sie würden auch so eingestellt.

In Berlin gibt es nämlich Werkstätten, wo nur gelbe Werkvereinsmitglieder beschäftigt werden.

Die Mitglieder der Vereine „Sitz Berlin“ werden also den Gelben gleich bewertet. Das bestätigte auch der Vorsitzende der betr. Arbeitervereinsversammlung mit der Mitteilung,

der Berliner Verbandsvorstand habe mit den gelben Werkvereinen vereinbart, daß die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine „Sitz Berlin“, wenn sie ihren Verbandsausweis vorzeigen, sich nicht den Werkvereinen anzuschließen brauchen. Wenn jemand dennoch zum Anschluß an die gelben Werkvereine gedrängt würde, solle er sich beim Verbandsvorstand melden, es würde dann von diesem die Sache geregelt.

Demnach besteht zwischen „Sitz Berlin“ und den gelben Werkvereinen, die nach den vorliegenden Angaben das System der Zwangsmittelbeschaffung praktizieren, ein Parteilverhältnis, während die Verbände der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands im scharfen Gegensatz zu der gelben Bewegung stehen und in der Gewerkschaftsfrage nur für die christlichen Gewerkschaften eintreten.

Sozialdemokratische Moral. Wegen Kuppelerei verurteilte vor einigen Wochen die Strafkammer in Karlsruhe den sozialdemokratischen Arbeitsekretär und Landtagsabgeordneten Willt zu drei Monaten und seine Ehefrau zu fünf Monaten Gefängnis. Beide hatten gebildet, daß ihre minderjährige Tochter vom August 1909 bis Juni 1912 mit einem Versicherungsbeamten in der elterlichen Wohnung intimen Verkehr unterhielt; daß ferner ihr Sohn ebenfalls in der elterlichen Wohnung längere Zeit vor seiner Volljährigkeit und noch später mit einem jungen Mädchen in nahe Beziehungen trat.

Diese Vergehen sind so schwer (handelt es sich doch um minderjährige Kinder), daß jeder anständige Mensch sie aufs allerstärkste verurteilen wird. Nicht so die rote Parteipresse. Nach ihr ist der Kuppelparagraph, auf Grund dessen die Verurteilung erfolgte, der „juristische Niederschlag einer durch und durch pharisäerischen Gesellschaftsmoral“, die für keinen Sozialdemokraten bindend ist. Die sozialdemokratische Presse findet keine Schuld an diesem Missetat; hat es doch nichts getan, was gegen die sozialdemokratische Moral verstieße. So etwas darf ein Genosse ungehindert tun, die Moral der Roten gestattet es ihm. „Wir können nicht finden, daß sich Genosse Willt der Achtung verlustig gemacht hätte“, so schreibt die sozialdemokratische Breslauer Volkszeitung vom 16. April. Noch deutlicher wird die „Leipziger Volkszeitung“, die von dem Breslauer Genossenblatt am genannten Tage

zitiert wird, — als Kronzeuge dafür, daß es mit seinen Ausführungen die Parteimoral richtig interpretiert. Nach ihr liegt gar kein Grund zur Aufregung vor:

„Ganz abgesehen von der Schuld oder Nichtschuld des Genossen Willt im juristischen Sinne liegt hier kein Vergehen vor, das Sozialdemokraten als ehrenrührig ansehen könnten. Die Ausdehnung des Kuppelbegriffs auf die Handlung von Eltern, die da duben, daß ihre Kinder ohne Trauschein lieben, ist nur ein Ausfluß der üblen bürgerlichen Sittlichkeitsheuchelei.“

Die sozialdemokratische Moral gestattet also schon allerlei. Das beweist auch folgender Vorgang: Eine Frau eines sozialdemokratischen Führers trägt dem Deutschen Volksblatt in Wien ihre Anliegen in einem Brief vor. Sie schreibt: Sie habe ihren verunglückten Mann als Bäckergehilfen geheiratet, habe mitverdient, damit er sich ausbilden konnte. Als er es zum Führer gebracht, ließ er seine Frau mit zwei Kindern sitzen und lebte mit einem 15-jährigen Mädchen zusammen. Als Silberer (so heißt der betreffende) verunglückte, bewarb sich die Frau um die Parteipension. Sie wurde abgewiesen mit dem Bemerkten, diese sei der lechteren Frau nach dem Testament schon zugesprochen. Diese letzte Frau war die uneheliche Konkubine des Silberer. Als die Frau sich an den Redakteur Usterlitz von der sozialdemokratischen Arbeiterzeitung wendet, wies dieser sie ab mit der höhnischen Bemerkung: „Wie soll ich Sie schützen, wie helfen? Soll ich Sie heiraten?“

Als wir das lasen, fielen uns verschiedene Anträge ein, die an die letzte Generalversammlung der „Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Beamten“ (auch die Verbandsbeamten gehören ihr an) gestellt wurden. Nach dem Korrespondenzblatt der Generalkommission, Nr. 15, 1912, beantragte nämlich Offenbach:

„Unterstützung in Höhe der Witwenunterstützung kann auch der Lebensgefährtin, mit welcher das Mitglied nicht gesetzlich verheiratet war... gewährt werden. Als Waisen des Mitgliedes gelten auch dessen uneheliche Kinder.“

Da der gleiche Antrag von Frankfurt ausging, muß doch ein Bedürfnis dafür vorhanden sein. Wohlbeachtet, die das beantragen, sind sozialdemokratische Beamte, Führer, die sich oft moralisch entrüsten. Note Moral!

Sie steht nicht still! Die Entwicklung nämlich. Das zeigt sich im allgemeinen auch in der Gewerkschaftsbewegung. Nur bei den Kirch-Dunderschen Organisationen scheint dieser Satz seine Berechtigung verloren zu haben. Bei ihnen ist von einer Weiterentwicklung nichts mehr zu merken. Das beweist folgende Statistik:

Die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften zählten Mitglieder:

1903: 110215	1908: 105633
1904: 118889	1909: 108028
1905: 117097	1910: 122571
1906: 118508	1911: 107743
1907: 108889	1912: 109225

Der Mitgliederstand der Kirche war also 1912 noch nicht mal so groß wie 1903. Nicht viel günstiger

Ein dummer Schwindel. Am 26. April fand in Köln eine Sitzung des Augustinusvereins (Verein zur Pflege der katholischen Presse) statt, auf der Mittelstandsfragen zur Besprechung gelangten. In dieser Sitzung trat Kollege Stegerwald der Auffassung, die in weiten Mittelstands- und Zentrumskreisen vertreten wird, entgegen, daß die Arbeiter deshalb in politischer Hinsicht zufriedener seien wie weite Mittelstandskreise, weil für sie auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform viel mehr geschehen sei. In den letzten Jahren seien gegenüber der unausgesprochenen Kritik der Sozialdemokratie und deren staatsverneinendem Standpunkt in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung häufiger die Fortschritte auf dem Gebiete der deutschen Sozialpolitik hervorgehört worden, insbesondere im Hinblick zu den übrigen Ländern. Daraus und aus den Errungenschaften bei Tarifverträgen habe sich dann in manchen Kreisen eine völlig falsche Meinung über die Lage der deutschen Gesamtarbeiterchaft herausgebildet. In den breitesten Arbeiterkreisen sei auf dem Gebiete des Wohnungswezens, der allgemeinen Lebenshaltung usw. eine viel größere Notlage festzustellen, als sie in Mittelstandskreisen im allgemeinen bestesse. Das war der Sinn der Ausführungen Stegerwalds in der Sitzung des Augustinusvereins.

Ein Verräter hat nun der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ Dinge über die Stegerwaldschen Ausführungen mitgeteilt, die absolut unrichtig sind. Die sozialdemokratische Presse druckt es nach unter der Überschrift: „Bekämpfter Arbeitererrat“. In Wirklichkeit hat Stegerwald das gesagt, was wir hier wiedergeben. Mit der „Bekämpfung des Arbeitererrats“ ist es also nichts.

Die „Berliner“ und die „Gelben“ sind ein und dieselben beim Unternehmertum. Das geht aus folgendem hervor. In einer Versammlung des katho-

Carbonisieren von Fasern und Geweben.

Die chemischen Verschiedenheiten, welche zwischen den pflanzlichen und tierischen Gespinnstoffen bestehen, machen sich naturgemäß auch bei der Verarbeitung dieser Fasern geltend, und speziell bei allen Prozessen, welche auf chemischen Vorgängen beruhen, wie beispielsweise bei der Färberei. Bei der Verarbeitung der Wolle zu Gespinnsten machen sich jedoch Beimengungen pflanzlichen Ursprungs, wie Kletten, Strohteile usw. auch mechanisch bemerkbar, weshalb man auch hier schon bemüht sein muß, dieselben möglichst zu entfernen, wenn ein gleichmäßiges Garn resultieren soll. Es ist deshalb das möglichste vollständige Entkletten der Rohwolle eine Hauptbedingung für guten Ausfall des Erzeugnisses. In Anbetracht dieses Umstandes ist es denn auch kein Wunder, daß man der Hervorbringung der Entklettungs- vorrichtungen seine Aufmerksamkeit in weitestem Maße zugewandt hat. Indessen sind auch die besten Entklettungs- vorrichtungen nicht imstande, beigemengte glatte Fasern, wie Baumwolle u. a., auf mechanischem Wege zu entfernen. Dies ist nur auf chemischem Wege möglich und benutzt man hierzu das verschiedene Verhalten der Fasern gegen zerstörende Chemikalien, speziell Säuren.

Für die Carbonisation kommt zumeist nur die Entfernung von Baumwollfasern in Frage, und da übrigens auch die anderen Fasern pflanzlichen Ursprungs zum größten Teil in chemischer Hinsicht der Baumwolle sehr nahe stehen, zum größten Teil aus Cellulose bestehen, so kann man bei Erörterung dieser Frage sich lediglich auf die Baumwolle beschränken, von dessen Verhalten gegen den zerstörenden Einfluß von gewissen Chemikalien auch auf die anderen Pflanzenfasern schließen. Für die Carbonisation in Frage kommen heute fast nur noch Schwefelsäure und Salzsäure oder salzsaure Verbindungen. Schwefelsäure wirkt, je nach der Konzentration, auf die Baumwolle verschieden ein; konzentrierte Schwefelsäure läßt die Baumwolle zuerst anquellen und verwanbelt sie schließlich in eine gallertartige Masse. Je nach der Zeitdauer der Einwirkung kann dieser Zustand auch so geregelt werden, daß nur die Oberfläche derart verändert wird, jedoch ein Baumwollfaden entsteht, der innen unverändert ist, außen aber mit der gallertigen Masse umgeben ist, welche sich später erhärtet. Wird diese gallertartige oder colloidale Zellulose weiter mit Schwefelsäure von höherer Konzentration (50° Be) behandelt, so geht dieselbe in Dextrin, und dieser schließlich in Glucose oder Traubenzucker über.

Salzsäure greift die Baumwolle in ähnlicher Weise an, wie Schwefelsäure, jedoch nicht ganz so intensiv.

Besonders stark ist die Zerstörung, wenn die mit Salzsäure getränkte Baumwollfaser getrocknet wird; die Baumwolle zerfällt dann zu einem weissen Pulver, der Hydrocellulose. Trockene, gasförmige Säuren, wie z. B. Chlorwasserstoff, greifen die Zellulose in der Kälte nicht an; geringe Mengen Feuchtigkeit genügen aber schon zur Erzeugung der zersetzlichen Verbindung.

Wolle wird durch konzentrierte Mineralsäure unter gleichzeitiger Auflösung vollständig zerstört, jedoch erfolgt der Angriff nicht so schnell, wie bei Baumwolle oder anderen pflanzlichen Stoffen. Verdünnte Säuren, wie sie bei der Carbonisation angewendet werden, haben jedoch keine merkliche Beeinträchtigung der Wollfaser zur Folge; die Faser wird nur etwas rauher, da, wie durch mikroskopische Untersuchung festzustellen ist, die Oberflächenschuppen nach der Behandlung weniger dicht am Haarrand anliegen, vielmehr mit den Rändern etwas abstehen. Das Verhalten der Wollfaser gegen Salzsäure gestaltet sich ähnlich wie bei der Baumwolle.

Darnach könnte es scheinen, als ob bei der Carbonisation die Wolle auch angegriffen werden müßte. Hier kommt jedoch noch zur Geltung, daß die Wollfaser kalte Flüssigkeiten nur in sehr geringem Maße aufzunehmen befähigt ist und daß dann beim Abschleudern auch davon noch ein großer Teil entfernt wird, während die Pflanzenfasern auch in der Kälte ganz bedeutende Mengen Säurelösung aufnehmen.

Das Carbonisieren wird nun im allgemeinen so ausgeführt, daß die Fasern oder Gewebe mit Säure oder Salzlösungen getränkt, nach längerem Durchziehen abgeschleudert und nach vorhergehendem gelinden Abtrocknen einer Hitze bis zu 100 Grad oder darüber ausgesetzt werden. Die vorher nur schwache Säurelösung wird durch das Entziehen des Wassers infolge der Erhitzung erheblich konzentriert, zerstört die Pflanzenfaser unter Bildung von Hydrocellulose und die hohe Hitze tut dann noch ein Übriges und vertreibt diese.

Während man heute über den Carbonisationsprozeß im Ganzen klar ist und genau weiß, daß bei einigermaßen vernünftiger Ausführung die Wollfaser nicht erheblich geschädigt werden braucht, hat man anfänglich recht große Bedenken getragen, die Wolle einer Behandlung mit so starken Säuren, wie sie sich nach der Erhitzung bilden, auszuweichen und es sind deshalb die aller verschiedensten Vorschläge gemacht worden, welche in dieser Beziehung eine Verbesserung sein sollten. So glaubte man z. B., daß bei Verwendung von Säuren oder Stoffen mit saurer Reaktion die Wollfaser infolge der hohen Temperatur litten, welche die Reaktion begleitete und wollte diese Schädigung vermeiden, dadurch, daß man eine Keilbehandlung erprobte. Die Herbeiführung der Keilbildung, oder richtiger, die Verhinderung der entstehenden Wärme sollte durch die Verdunstung der in der Wolle enthaltenen natürlichen Feuchtigkeit erreicht und durch eine Abjagung nach Bedarf unterstützt werden. Die Carbo-

nisation der losen Wolle wird erst ausgeführt, nachdem die Wolle sehr gründlich gewaschen und durch nochmaliges Spülen mit kaltem Wasser von allen Seifenresten befreit ist. Bei weniger feinen Wolle läßt sich allerdings auch die sog. „Carbonisation im Schweiß“ ausführen. Die Bezeichnung ist allerdings nicht ganz korrekt gewählt, denn eine Carbonisation von Schweißwolle wird ein Produkt ergeben, welches fast für alle Zwecke unbrauchbar werden würde. Die Wolle werden vielmehr, allerdings ohne Zuhilfenahme von Waschmitteln, wie bei der Vormäße, gewaschen, oder richtiger, systematisch ausgelangt, wobei sich ein großer Teil der verfestigten Fette in den alkalischen Salzen des Wollschweißes löst oder emulgiert und so ausgewaschen wird. Es bleiben daher vorwiegend unverseifbare Fette in der Faser zurück, welche durch das Carbonisieren wenig angegriffen werden. Es bedeutet diese Art der Carbonisation allerdings eine gewisse Vereinfachung, indem das Spülen der Wolle in kaltem Zustand zwischen dem Waschen und Carbonisieren nach der ersteren Behandlungsweise, sowie das Entfäuren nach dem Carbonisieren in Fortfall kommen, aber es erfordert diese Art der Behandlung einen ziemlich großen Apparat, der nur für sehr ausgebeutete Betriebe rentabel ist.

Bei der Verwendung von Schwefelsäurelösung wird diese in einer Stärke von 4-5% B. kalt auf die Faser während eines Zeitraumes von 2-3 Stunden zur Einwirkung gebracht. Vorteilhaft werden hölzerne Gefäße verwendet, damit Rost- oder andere Metallflecken vermieden werden. Die abgelaufene Ware wird durch Schleudern oder Auspressen soweit als möglich von der noch anhaftenden Flüssigkeit befreit und kommt dann in den Carbonisierofen, in welchem zuerst eine Vortrocknung bei 50 bis 55 Grad vorgenommen wird. Das eigentliche Carbonisieren vollzieht sich dann bei ca. 100 Grad.

Die aus dem Carbonisierofen kommende Wolle kommt dann zur Entfernung der zermürbten Pflanzenfaserreste auf den Klopffloß, in welchem dieselben in Staub verwandelt und durch geeignete Einrichtungen abgeführt werden.

Die die größte Sorgfalt erfordernde Behandlung ist schließlich das Entfäuren, d. h. die Entfernung der noch in den Wollfasern zurückgebliebenen Säurereste. Zu diesem Zweck kommt die Wolle zuerst in reines Spülwasser und nach Abtropfen desselben in eine Neutralisierungsflüssigkeit, bestehend aus 3 bis 5 Grad Sodawasser. Den Beschluß bildet ein nochmaliges Spülen, um die letzten Spuren der Soda zu entfernen. Durch Proben mit Lackmuspapier lassen sich die Vorgänge in ihrem richtigen Verlauf feststellen. Die Sodablösung muß nach dem Herausnehmen der Wolle rotes Lackmuspapier noch stark bläuen. Die fertig gespülte Wolle darf aber rotes Lackmuspapier nicht mehr erheblich bläuen, da dies ein Zeichen für Sodarückstände wäre, sie darf aber auch blaues Lackmuspapier absolut nicht mehr röten, da hierdurch das Vorhandensein von Säureresten bewiesen wäre.

rechts mit der Entwicklung der Klassenverhältnisse. Diese gestalteten sich in den letzten Jahren wie folgt:

	1909	1910	1911	1912
Einnahmen	2806220	2926693	2623213	2786329
Ausgaben	2594202	2617680	2304288	2461716
Bermögen	4372495	4677189	4273354	4500085

Angesichts einer solchen Entwicklung ist es doch etwas viel behauptet und für die Kirche selbst auch ein recht schlechter Trost, wenn deren Zentralorgan neuerdings wieder schreibt, die Kirche-Dunderschen Organisationen seien „die Pioniere in der deutschen Arbeiterbewegung gewesen“; sie hätten „den andern Organisationen erst die Bahn für ihren Vormarsch geebnet“. Um so tragischer, wenn eine solche Bewegung sich nicht mehr weiter zu entwickeln vermag.

Doch der „Gewerkverein“, das erwähnte Zentralorgan der Kirche-Dunderschen, gibt die Hoffnung noch nicht auf. Es schreibt (Nr. 38/39):

„Mag auch der Zulauf zu den Pfaffenhelden (!) zunächst (!) zunächst ist gut, Red. d. Zeitl. Arb.-Ztg.) noch stärker sein; die Vernunft (!) wird sich doch Bahn brechen und die denkenden (!) deutschen Arbeiter schließlich zu uns führen.“

Also Pfaffenhelden sind die andern! Darum haben sie zunächst noch den Zulauf. Die Sprache steht den Kirchen gut an. Wenn die Arbeiter vernünftig werden und denken gelernt haben, dann werden sie zu den Kirchen gehen! Das ist nicht übel. Wir fürchten: an der Hoffnung werden die Kirche-Dunderschen Gewerkschaften sterben.

Herrn Professor Dr. Bernhard ins Stammbuch.

Dieser Herr gab bekanntlich unlängst ein Buch heraus, betitelt: „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“. In diesem Buch werden die Dinge so hingestellt, als ob die „Simulation“ und die „Rentenhysterie“ unter der der Arbeiterversicherung unterstellten Arbeitererschaft immer mehr um sich greife und die segensreichen Wirkungen unserer Sozialversicherung in Frage stellen. Kürzlich fand nun im Reichsversicherungsamt eine Konferenz mit den Vertretern der Landesversicherungsämter und Unfaltsachen statt, an der auch zahlreiche andere hohe Beamte teilnahmen. Auf dieser Konferenz trat der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann den von Professor Dr. Bernhard aufgestellten Behauptungen entschieden entgegen. Er stellte laut „Frankf. Ztg.“ auf Grund des Ergebnisses der Verhandlungen als einstimmige Ansicht der Konferenzteilnehmer fest, daß Simulation auf Seiten der Versicherten, mag sie das Krankheitsverhältnis bald ganz oder teilweise bestimmen, nur selten auftritt. Das gleiche gilt nach Kaufmanns Ausführungen von der „Rentenhysterie“, die noch weit seltener beobachtet wird. Wenn Anzeichen von krankhafter oder nicht krankhafter Uebertreibung festgestellt werden, ist dies nach den Feststellungen des Reichsversicherungsamtes keine Eigentümlichkeit der deutschen Arbeiterversicherung, sondern eine allgemein menschliche Erscheinung, die zum Teil auch in den Zeitverhältnissen begründet ist. Dr. Kaufmann betonte im übrigen noch in seinem Schlusswort, daß diese Erscheinungen der Rentensucht schon früher bei allen beteiligten amtlichen Stellen ernste Beachtung gefunden haben, längst bevor die jüngsten Angriffe gegen die deutsche Arbeiterversicherung erfolgt sind. Bei der Durchführung der sozialen Gesetzgebung müsse alles, was die Volkseele nachteilig beeinflussen könnte, ausgeschaltet und immer mehr der erzieherische Gedanke in der deutschen Arbeiterversicherung herausgearbeitet werden.

Diese Konferenz und ihr Ergebnis kann man nur begrüßen. Sie bilden die beste Widerlegung der in Dr. Kaufmanns Buch enthaltenen starken Uebertreibungen; zugleich aber wird damit den Scharfmachern, die das erwähnte Buch mit auffälligem Eifer als „erblickende Tat“ feierten, der Boden entzogen zu weiteren Angriffen auf unsere Sozialversicherung.

Die rote „Volkspflege“. Die von den sozialdemokratischen Konsumvereinen und Gewerkschaften ins Leben gerufene Volksversicherung ist vom kaiserlichen Aufsichtsamt für privates Versicherungswesen genehmigt worden. Die Genossen werden demzufolge in nächster Zeit mit einer energischen Agitation einsetzen. Wohl nicht ohne Erfolg. Die Volksversicherung ist im deutschen Volke populär geworden, wie nachstehende Statistik beweist:

Ende	Ver- sicherungsscheine	Ver- sicherungssumme	Reiner Zugang Ver- sicherungsscheine	Zugang Ver- sicherungssumme
1888	308415	62508333		
1890	559613	129108755	251198	65600422
1895	1415077	305007037	855464	176898282
1900	4605800	689739829	2190723	384732792
1905	5773287	1066959520	2167487	377219691
1910	7870694	1608877360	2097407	541917840
1911	8431950	1749225628	561266	140348268

Gerade der Bestand an Versicherungsscheinen zeigt, wie tief die Volksversicherung im deutschen Volksleben bereits Platz gegriffen hat. Um so größer ist die Gefahr, daß auch nichtsozialdemokratische Arbeiter und Bürger den Genossen auf den Leib gehen. Das muß möglichst verhindert werden, denn das von letztern ins Leben gerufene neue Unternehmen ist eine durch und durch sozialdemokratische Einrichtung mit sozialistischen Endzwecken. Es ist eine sozialdemokratische Volksversicherung. Aus vier Gründen nämlich. Ihre Wäter sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die Genossenschaften Richtung Hamburg. Sie allein besitzen die Aktien und bestimmen darum ausschließlich die Organisation, den Beamten- und Agentenapparat, die gesamte Geschäftsabwicklung der „Volkspflege“. Ihr Vorsitzender ist v. Elm,

Sozialdemokrat und Vorstandsmitglied des Hamburger Verbandes deutscher Genossenschaften. Ihre Agenten und Agitatoren sind die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der diesen verwandten Verbände. Die Zentralvorstände der „freien“ Gewerkschaften Deutschlands haben am 23. und 24. Januar 1913 beschlossen, daß ihre Vertrauensmänner halbmonatlich die Prämien der „Volkspflege“ bei den Versicherten abholen sollen. Ihr Verteidiger und Förderer ist endlich die sozialdemokratische Presse.

Was will nun die „Volkspflege“? Sie will zunächst dem Volke eine billige Lebensversicherung bieten. Das ist der Schafspelz der „Volkspflege“. Sie hat aber noch einen anderen Zweck. Ihr Vorsitzender v. Elm hat ihn selbst ausgeplaudert: Die „Volkspflege“ soll nach ihm der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung „neue Stützpunkte im Volke schaffen“, d. h. den sozialistischen Gedanken überall dorthin tragen, wo er bisher nicht eindringen konnte. Das ist die Wolfsnatur der „Volkspflege“. Dabei hat die „Volkspflege“ die Mittel in der Hand, weiteste Kreise des Volkes, die ihr bisher fernstanden, in dauernde lebendige Fühlung mit der Sozialdemokratie und in materieller Abhängigkeit von ihr zu bringen. Durch die Agenten, d. h. die sozialdemokratischen Vertrauensmänner, tritt die Sozialdemokratie nämlich regelmäßig in die Familie des Versicherten und unterstellt sie der ständigen Beeinflussung durch diese Vertrauensmänner. Durch die Kinderversicherung vor allem aber tettet sie den Jugendlichen zeitweilig an eine ihren Zwecken dienbare Wohlfahrtsinstitution und entzieht dadurch den auf christlichem und vaterländischem Standpunkte stehenden Vereinen den natürlichen Nachwuchs. Durch die Ansammlung großer Kapitalien erhält die „Volkspflege“ endlich großen wirtschaftlichen Einfluß, indem sie durch Vergebung von Hypotheken weite Kreise des Mittelstandes in willenslose Abhängigkeit von der Sozialdemokratie bringt.

Wer von den christlichen Gewerkschaftlern glaubt, sich versichern zu müssen, und wer vor allem auch die Mittel in der Hand hat, um regelmäßig die fälligen Prämien zahlen zu können, den verweisen wir an die Deutsche Volksversicherung A.-G. in Berlin W 57. Diese ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das mit Unterstützung zahlreicher christlich-nationaler Berufsorganisationen, auch der christlichen Gewerkschaften, gegründet wurde.

Sozialdemokratische Gewalt Herrschaft in Emden.

Am 19. Mai, legten in Emden 500 im sozialdemokratischen Transportarbeiterverband organisierte Hafendarbeiter unter Tarifbruch die Arbeit nieder, nachdem sie von der örtlichen Leitung des Verbandes dazu aufgefordert wurden. Es bestanden weder Differenzen mit den Arbeitgebern, noch wurden Forderungen an dieselben gestellt. Der abgeschlossene Tarifvertrag läuft erst am 31. Dezember 1913 ab. Die Leitung des Verbandes hat nicht den Mut, den wahren Grund der Arbeitsniederlegung anzugeben, sondern gebraucht allerhand nichtsagende Ausreden.

Der wahre Grund der Arbeitsniederlegung ist die Beschäftigung christlich organisierter Arbeiter im Emdener Hafengebiet. Auf Befragen geben die streikenden Arbeiter dies ganz offen zu. Seitdem konnten nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter im hiesigen Hafengebiet arbeiten. Der sozialdemokratische Transportarbeiterverband hat hier seine Macht ausgenützt und die Arbeiter als willfährige Werkzeuge behandelt. Wer sich nicht fügte, wurde in der rigorossten Weise bestraft. Geldstrafen bis zu 12 M. waren an der Tagesordnung. Mitglieder des Verbandes, die diese Strafen nicht bezahlen wollten, erhielten einfach keine Arbeit mehr. Hafendarbeiter, die zugleich Mitglied evangelischer Arbeitervereine oder Krieger- und Militärvereine waren, hat man so lange verspottet und drangsaliert, bis sie aus diesen Vereinen austraten. Die evangelischen Arbeitervereine von Emden und Umgebung haben durch diesen Terrorismus Dutzende von Mitgliedern verloren.

Eine Anzahl von Hafendarbeitern haben vor einigen Wochen dieses Joch abgeschüttelt und traten freiwillig in den christlichen Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiterverband über. Um den Leuten Arbeitsgelegenheit bieten zu können, schloß der christliche Verband mit den Unternehmern denselben Tarifvertrag ab, wie er für den sozialdemokratischen Verband abgeschlossen ist. Mit dem Austritt aus dem sozialdemokratischen Verband war es den Leuten nämlich nicht mehr möglich, Arbeit zu bekommen. Als am Montag, den 19. Mai, wiederum eine Anzahl Hafendarbeiter in den christlichen Verband übertraten und zu arbeiten angingen, legten sämtliche sozialdemokratisch organisierten Hafendarbeiter um 8 Uhr die Arbeit nieder.

Die Brotlosmachung der christlich organisierten Arbeiter ist also der Zweck der Arbeitsniederlegung. Der christliche Verband wird keine Opfer scheuen, um seine Mitglieder vor einem solch nichtsnutzigen Terrorismus zu schützen. Da es den Unternehmern bereits gelungen ist, Ersatz zu schaffen, konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden. Bedauerlich ist, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch ihr Vorgehen den Scharfmachern Material liefern zum Schaden der deutschen Arbeitererschaft.

Einigungsverhandlungen im Malergetriebe haben

am 15. und 16. Mai in Berlin stattgefunden. Es war hierzu ein Schiedsgericht gebildet worden, dem außer den drei bekannten Unparteiischen je zwei Vertrauensmänner der streikenden Parteien angehörten. Auf Arbeitgeberseite waren dies Dr. Westphal-Hamburg und Baurat Bernhard-Berlin, auf Gehilfenseite der Reichstagsabgeordnete Silberstein vom Deutschen Bauarbeiterverband und der Redakteur Josef Becker,

vom christlichen Bauarbeiterverband. Den Streitgegenstand bildeten die im Februar d. J. gefällten Schiedsprüche über Arbeitszeit und Lohnhöhe, welche damals von den Arbeitern angenommen, von den Arbeitgeber aber abgelehnt worden waren, und letzteren den Anlaß zur Aussperrung boten. Die Gehilfen bestanden darauf, daß nur auf Grund der Schiedsprüche eine Verständigung möglich sei und verlangten außerdem, in den Städten, wo sie während des Kampfes über den Schiedspruch hinausgehende Löhne erreicht haben, deren allgemeine Anerkennung für die betreffenden Orte.

Nach längeren Verhandlungen machte das Schiedsgericht einen Einigungsvorschlag, der auf dieser Grundlage steht: er hält die Schiedsprüche vom Februar unverändert aufrecht und weist den örtlichen Organisationen die Aufgabe zu, in den Städten, wo sich während des 10 wöchigen Kampfes die Sachlage zugunsten der Gehilfen erheblich geändert hat, dies durch Festsetzung von höheren Lohnsätzen zu würdigen. Dieser neue Einigungsvorschlag lautet im wesentlichen wie folgt: Die von den beiden Parteien gestellten Anträge ermöglichten keine Verständigung, deshalb behalten die Schiedsprüche vom Februar unveränderte Geltung. Dasselbe gilt bezüglich des damals vereinbarten Tariffchemas mit den dazugehörigen Erklärungen. Die den Gehilfen zugesprochene Lohn-erhöhungen treten sofort nach Beendigung des Kampfes in Kraft. Wo in größerem Umfang während des Kampfes über den Schiedspruch hinausgehende Löhne erlangt wurden, soll deren allgemeine Anerkennung durch örtliche Vereinbarung erfolgen. Innerhalb drei Wochen müssen alle Ortstarife getätigt sein. Die Parteien hatten sich bis 22. Mai über die Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlages zu erklären.

Die Organisationen haben sich mit dem Schiedspruch einverstanden erklärt. Damit ist der für die Unternehmer wenig rühmliche Kampf zu Ende.

Auch ein Erfolg des belgischen Generalstreiks.

Immer „herrlicher“ offenbaren sich die Früchte des politischen Generalstreiks in Belgien. Den Genossen wird sobald nicht wieder nach einem solchen „Sieg“ gelüftet. Zum Scheitern ja infolge des Streiks auch im Verband der Buchdruckergehilfen Belgiens eine Spaltung zu vollziehen. Auf die Treibereien der Genossen hin, beschloß dieser die Beteiligung am Streik. Aber wie kam der Beschluß zustande! Wir lesen darüber in der „Köln. Volksztg.“ (Nr. 431) folgendes:

„Zunächst beschloß eine schwach besuchte Generalversammlung mit knapper Mehrheit die Beteiligung; dann wurde eine sozusagen vollzählig besuchte neue Generalversammlung einberufen, die mit Zweidrittelmehrheit den vorherigen Beschluß als statutenwidrig bezeichnete und die Beteiligung am Generalstreik verwarf; darauf endlich beschloß eine unter einer anderen Tagesordnung einberufene und von höchstens einem Drittel der Mitglieder besuchte Generalversammlung wiederum die Teilnahme am Streik und die Ausschließung aller Mitglieder, die nicht streikten und nicht ihren Wochenlohn während der Dauer des Streiks an die Streik-kasse abführen würden.“

Geht demokratisch! Doch zum Glück scheint sich die nichtsozialdemokratische Opposition gegen diesen Terror recht kräftig zur Wehr zu setzen. Das erwähnte Blatt schreibt nämlich weiter:

„Die Mehrzahl der Mitglieder hat sich an diesen Beschluß nicht gefügt, sondern hat den Spieß umgekehrt. Sie hat beim Landgericht in Brüssel Klage eingereicht auf gerichtliche Auflösung des Verbandes wegen Statutenverletzung durch den Verbandsvorstand, auf Herausgabe des Verbandsvormögens an die einzelnen Mitglieder, auf einen Schadenersatz von 5000 Franken, den der Vorstand an die Mitglieder zu leisten habe, und auf Rückzahlung der statutenwidrig vom Vorstand an streikende Mitglieder gezahlten Streikunterstützungen; als dringliche Maßnahme beantragten die Kläger endlich die gerichtliche Beschlagnahme der Verbandskasse, der Kassensbücher und aller Kassensbelege und Depositionsurkunden. Der Prozeß ist bereits gestern vor dem Landgericht zu einer ersten Verhandlung gelangt, und das Gericht hat dem dringlichen Antrage gemäß die sofortige Beschlagnahme der Kasse und aller Kassensurkunden im Verbandslokale angeordnet und schon am gleichen Nachmittag vollstrecken lassen. Die weiteren Verhandlungen wurden vertagt. Sobald die Auflösung des Verbandes ausgesprochen sein wird, werden die klägerischen Mitglieder sich zu einem neuem Verbande zusammenschließen, in welchem den sozialdemokratischen Machenschaften ein Riegel vorgeschoben sein wird.“

Dieser Vorgang beweist wieder einmal recht deutlich, daß ein Zusammenarbeiten mit den Genossen in einer Organisation nur dann möglich ist, wenn der nichtsozialdemokratische Teil der Mitglieder sich stillschweigend der Willkür der Genossen beugt und sich zu allen möglichen sozialistischen Experimenten mißbrauchen läßt. Ein echter Genosse kennt und respektiert eben keine andere Ueberzeugung als die seine. Darauf allein ist auch die Zersplitterung in der Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Länder zurückzuführen.

Der elend vertrackte belgische Generalstreik aber ist für uns ein neuer Beweis dafür, daß die Genossenführer es wenig ernst mit den wirklichen Interessen der Arbeiter und Gewerkschaften nehmen. Sie sehen mit einer unverzeihlichen, geradezu gewissenlosen Leichtfertigkeit ungeheure Werte der Arbeiter und des Volksganzen aufs Spiel. In Belgien taten sie es gar im Interesse und auf Geheiß des liberalen Bürgertums und einiger liberaler Großkapitalisten, deren Gelder sie auch annahmen. Zum Dank für die „Heldentat“ der Genossenführer warfen zahlreiche liberale Unternehmer ihre Arbeiter auf die Straße, als sie sahen, daß der Generalstreikspieß nicht nach ihrem Wunsch verlief.

Den Arbeitern, die heute in großer Anzahl den sozialdemokratischen Maulhelden nachlaufen, werden doch noch einmal die Augen aufgehen.

Aus unserer Industrie.

Zur Lage der deutschen Leinenindustrie

Wird unterm 22. Mai folgendes berichtet:
 Das Geschäft in russischem Flachsbild ist in den vergangenen drei Monaten sehr ruhig gewesen. Die geringe Neigung zu Käufen ist auch heute noch vorhanden, der Verkehr leidet darunter, daß zu wenig an den Markt kommt, besonders fehlt es an guter Ware. Trotz des geringen Angebots war die Tendenz eine wenig feste, bessere Qualitäten haben sich ja noch eben behaupten können, wogegen die geringeren im Preise nachgeben mußten. Es hat den Anschein, als ob bei den Bauern überhaupt nicht mehr viel Flachsbild vorhanden ist, die denselben noch verbliebenen Reste werden infolge der niedrigen Preise vorerst noch zurückgehalten. Die Händler wollen, trotz der Preisrückgänge und der sehr schwachen Nachfrage doch keine Verkäufe zu den gegenwärtigen Preisen tätigen, weil sie mit der Verminderung der Zufuhren die noch lagernden Reste später nutzbringender zu verkaufen hoffen.

Das Geschäft in französischem, belgischem und holländischem Flachsbild war in den vergangenen Monaten nicht von Bedeutung, es war durchgehends ein kleines, aber regelmäßiges Geschäft. In blauem flandrischem Flachsbild war der Markt im allgemeinen schlecht versorgt. Flachsbild besserer Qualität sind knapp und zu guten Preisen gesucht. Die gewöhnlichen Genres sind dagegen vernachlässigt und werden billiger angeboten.

Die Qualität des diesjährigen Flachsbildes ist im allgemeinen wesentlich geringer als die vorjährige. Die jetzt noch vorhandenen Restpartien sind noch schlechter in der Ausbeute und Qualität als die großen Partien, welche in den ersten Monaten dieses Jahres verkauft wurden, so daß man sich mit der Tatsache abfinden muß, daß bis zum Jahresende mit teurem Rohmaterial zu rechnen ist. Es dürfte den Flachsbildspinnern daher schwer fallen, die Qualitäten der Garne auf der früheren Höhe zu erhalten.

Die Flachsbildspinnereien sind seit Anfang März ausreichend beschäftigt geblieben, auch reicht ihre Auftragsverorgung genügend weit, um die weitere Entwicklung der Verhältnisse ruhig abwarten zu können. Im allgemeinen haben die verflochtenen drei Monate wesentliche Veränderung in der Lage des Spinnereigeschäfts nicht gebracht; bei verhältnismäßig befriedigender Beschäftigung der Webereien und der übrigen garnkonsumierenden Gewerbe war der Absatz auf bestehende Garnterträge ziemlich gut; manche Spinnereien haben zeitweise den an sie gestellten Anforderungen, besonders in Towargarnen, weil sie größer als man erwartet, ausfielen, nicht in vollem Umfange entsprechen können. Neue Bestellungen kamen allerdings nicht wie im Januar-Februar herein, da die Konjumenten durchgängig gut gedeckt sind, und zudem in der Weberei demnächst eine etwas stillere Zeit beginnt. Was nun die erzielten Preise anbelangt, so sind solche ja recht fest, aber wie man allgemein hört, noch nicht genügend lohnend. Die Berggarnpreise neigen stetig nach oben, Flachsbildpreise sind zwar sehr fest, aber vorerst nicht steigend. Angesichts der heutigen Verhältnisse auf dem Rohstoffmarkt wird weiteres Steigen der besseren Flachsbildgarne unausbleiblich sein.

In den Leinen- und Halbleinenwebereien nahm das inländische Geschäft einen normalen Verlauf, wie denn überhaupt die jetzt ihrem Ende zuneigende Hauptphase im allgemeinen befriedigt hat. Bei Jahresbeginn waren die meisten Betriebe mit genügenden Bestellungen für längere Zeit versehen und konnten bei diesen Geschäften, wenn sie sich zeitig mit Rohmaterial gedeckt hatten, auch in etwa ihre Rechnung finden, wenn auch im allgemeinen bei dem starken Angebot der erzielte Nutzen ein recht bescheidener war. Die Nachfrage für Exportzwecke war wegen des Balkankrieges sehr zurückgegangen, die Fabrikanten, welche für den Orient eingerichtet waren, haben fast alle mit Leinen oder größeren Verlässen zu rechnen gehabt; das Geschäft nach den Vereinigten Staaten hat sich wieder etwas gehoben; im allgemeinen hat die politische Lage lähmend auf das Exportgeschäft eingewirkt. Durch die jetzt eingetretene günstigere Situation wird die Unternehmungslust wieder gehoben, und bei der sonst lebhaften Beschäftigung der Spinnerei und Weberei werden auch die Ausfichten für die Zukunft nicht ungünstig sein.

Bericht über die Lage der deutschen Textilindustrie.

Die Preise für deutsche Wolle haben sich auch in der letzten Woche nicht nur fest behaupten können, sondern weisen sogar noch weitere Erhöhungen auf. Die Konsumt war für alle Sorten recht reger, so daß die vorhandenen Lagerbestände ziemlich geräumt sind und eine besonders große Auswahl kaum mehr besteht. Ebenso machte sich auch für überseeische Wolle bessere Konsumt geltend, die sich jedoch in der Hauptsache nur auf bestimmte Beschaffenheiten und zwar auf mittlere und größere Sorten bezog.

Die Umsätze in Baumzügen haben in dieser Woche keine besondere Vergrößerung erfahren, während andererseits Sämannsinge und Kollabfälle außerordentlich stark begehrt sind und ohne Widerstand der Käufer die von den Verkäufern verlangten Notierungen durchzusetzen vermochten.

Etwas reger als in der Vorwoche verlief das Geschäft auf den Wolgarmärkten. Hauptächlich begehrt erschienen Strickgarne, für die die einheimischen wie ausländischen Verbraucher große Konsumt bestanden. Für Zwecke der Weberei sind lediglich Scheibgarne begehrt, während feinere Sammgarne vernachlässigt bleiben.

Ohne besondere Veränderung ist die Situation für wollenene und halbwollene Gewebe. Nennens-

werte Umsätze haben weder mit den inländischen, noch mit den ausländischen Käufern stattgefunden. Immerhin wird von einer Besserung der Verkaufspreise berichtet. Die Nachrichten aus der Wirt- und Strumpfwarenindustrie lauten recht günstig. Alle diesbezüglichen Betriebe sind voll beschäftigt und empfangen noch täglich bedeutende Export-Orders. Auch die Preislage hat sich in diesem Zweige bessern können.

In der Seidenwarenbranche gelingt es den Fabrikanten kaum, bessere Preise durchzusetzen, welche angesichts der Wertsteigerung des Rohstoffes notwendig sind. Die in der letzten Woche getätigten Verkäufe betreffen hauptsächlich solche von den Lägern. Neue Orders wurden weder für den Export, noch für den inländischen Markt vergeben. Die schon in der letzten Woche bemerkte Zurückhaltung der Käufer von baumwollenen Garnen hielt auch in dieser Woche an. Die Preise wiesen einen Rückgang auf.

Ebenso konnten in baumwollenen Geweben größere Abschlüsse nicht gemacht werden.

Normaler Geschäftsgang wird aus der Futeindustrie berichtet. Die Nachfrage nach Flachsbildgarnen aller Sorten hat sich weiter verstärkt. Auch konnten sich die Preise für die letzteren bessern. Für Leinengewebe ist der Geschäftsgang regelmäßig. Die Kaufkraft des Auslandes für bestimmte Artikel hat sich weiterhin steigern können.

Eine Interessengemeinschaft der deutschen und schweizerischen Sticker- und Spitzen-Industrie.

Auf Veranlassung der Sächsischen Sticker- und Spitzen-Industriellen sollen von Zeit zu Zeit gemeinsame Besprechungen und eventuell gemeinsame Maßnahmen mit den schweizerischen Fabrikanten derselben Branche stattfinden, um so bestehende Mißstände tunlichst zu beseitigen. Unverbindliche Besprechungen, welche sich auf die Industrie-Gesetzgebung, den Musterschutz, das Ramscherwesen und die Verschleppung der Industrie in das Ausland beziehen, haben bereits stattgefunden.

Zollfreier Veredelungsverkehr für Seidengewebe.

Die Handelskammer zu Krefeld hat sich seit Jahren gegen die Gewährung eines Veredelungsverkehrs von inländischen Seidengeweben zum Bedrucken in Lyon ausgesprochen. Sie glaubte, der deutschen und vor allem der in Krefeld ansässigen Druckerei zu nützen, wenn die zollfreie Veredelung im Auslande nicht gestattet würde. Der beabsichtigte Erfolg ist aber, wie jetzt die Kammer offiziell mitteilt, ausgeblieben. Die heimische Industrie hat sich auf diesem Gebiet wenig weiter entwickelt. Eine Anfrage des Ministers für Handel und Gewerbe aus der letzten Zeit über die Leistungsfähigkeit der deutschen Seidenweberei hat nun den Anlaß dazu gegeben, die ganze Frage erneut zu prüfen. Nach eingehenden Beratungen ist das Präsidium der Kammer zu folgendem Standpunkt gekommen:

Die Verjagung des Veredelungsverkehrs hat der deutschen Druckerei bisher keinen Nutzen gebracht, wie die langjährigen Versuche bewiesen haben. Die deutsche Seidenweberei hat darunter jedoch erheblich gelitten. Der größte Teil der in Deutschland zum Verkauf kommenden Druckwaren ist französisches Gewebe mit französischem Druck. Da der Zollsatz für Druckware verhältnismäßig gering ist, stehen der Einfuhr große Schwierigkeiten nicht im Wege, und da die Lyoner Druckerei in großem Umfange Druckplatten und Druckwalzen zur Verfügung hat und diese infolge ihrer Weltkundschafft gut ausnützen können, ist der Druck in Frankreich auch verhältnismäßig billiger als in Deutschland. Wenn man jetzt den Veredelungsverkehr gewährt, so werden voraussichtlich deutsche Gewebe mit französischem Druck mehr als bisher in Deutschland zum Verkauf kommen und die französischen Gewebe verdrängen. Die deutsche Weberei nimmt die Herstellung solcher Stoffe in größerem Umfange auf, gewinnt ein neues Tätigkeitsgebiet und einen Markt, der bisher französischen Geweben vorbehalten war. So dürfte die Gewährung des Veredelungsverkehrs der deutschen Weberei nicht zuletzt auch der deutschen Druckerei sehr zufluten kommen. In einer Seidenausstellung haben die Vertreter der Weberei und die der Veredelung nach längeren Verhandlungen übereinstimmend erklärt, daß es nach ihrer Ansicht zweckmäßig sei, mit dem Veredelungsverkehr einen Versuch zu machen und diesen bis Ende 1915 auszudehnen. Das Präsidium der Krefelder Handelskammer will die erforderlichen Schritte beim Ministerium veranlassen. Aus den bisher mit diesem gepflogenen Verhandlungen geht hervor, daß die Regierung zur Gewährung des Veredelungsverkehrs prinzipiell bereit ist.

Drei große Zahlungsstundungen in der M.-Glabbacher Textilindustrie.

Die mechanische Wollweberei Gebrüder Schippers in M.-Glabbad wendet sich an ihre Gläubiger. Die Passiven betragen 400000 M., darunter befindet sich die Forderung eines Kommanditisten mit 135000 M. Hauptbeteiligt sind rheinisch-westfälische Spinnereien mit z. T. erheblichen Beträgen. Die Ursache der Schwierigkeiten ist in Verlusten im Ballanngeschäft zu suchen.

Ebenfalls eine Folge der Ballanngewinne ist die Insolvenz der Firma Wm. von der Stammen-Jellke. Die Passiven betragen 300000 M. Es werden 60 Prozent geboten. Spinnereien im M.-Glabbacher Bezirke und in Bepfalen sind vorzugsweise in Mitleidenchaft gezogen.

Die mechanische Weberei Julius Stern in M.-Glabbad, über deren Zahlungsunfähigkeit wir bereits berichteten, sah sich gezwungen, Konkurs anzu-

melden, da der vorgeschlagene Vergleich nicht die Zustimmung sämtlicher Gläubiger gefunden hat. Die Passiven betragen 250000 M. Es waren 50 Prozent geboten.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Arbeitslosenberichterstattung in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 31. Mai Arbeitslosenstichtag für den Monat Mai ist. Die an diesem Tag arbeitslosen Mitglieder sind zu zählen. Die Berichtskarte (graue Monatskarte) muß spätestens 4 Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale eingefandt werden. Man vergesse nicht, auf der ersten Rubrik der Karte die genaue Zahl aller Mitglieder der Ortsgruppe am Schluß des Monats anzugeben. Die Zentrale stellt:

- Das letzte Mal (Monat April) haben nicht berichtet:
- Bezirk Krefeld Vockum, Geldern, Hüls, Kempen, Krefeld, St. Lönis, Willich.
 - " M.-Glabbad Gorchendroich, Wanlo.
 - " Aachen Aachen, Bedburg, Beuel, Gaaren, Mentsche, Noetgen, Rott.
 - " Barmen Dahlhausen.
 - " Bocholt Galters, Stadtklohn.
 - " Münsterl. W. Greden, Jbbenbüren, Jüllenbeck.
 - " Hannover Raffel, Mühlhausen.
 - " Schlesien Neustadt, Reichenbach.
 - " Sachsen-Lh. Eilenburg, Guben, Geizsig, Simsburg, Münchensbernsdorf, Plauen, Reichenau, Sorau, Wittau.
 - " Bamberg Gerolz.
 - " Augsburg Günzburg, Memmingen.
 - " Württemberg Eisingen, Göppingen, Gechingen, Ravensburg, Waldsee, Wangen.
 - " Baden Busenbach, Erzingen, Kollnau, Schopshelm, Dellingens-Brennet, Reichenbach, Lobnau, Volkerts-hausen, Wehr, St. Blatten.
 - " Elsaß Dornach, Gebweiler, Hüttenheim, Malmedspach, Meheral, Natzmeller, Rothau, Pennerdort, Worms.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreigkeiten.

Dingelstädt.

Beigelegte Differenzen. In Nr. 21. der „Textilarbeiter-Zeitung“ berichteten wir, daß bei der Firma Schellhaas, mech. Wollwarenfabrik, Differenzen zwischen der Firma und der Arbeiterchaft entstanden seien. Die Firma machte den Arbeitern Schwierigkeiten wegen der Zugehörigkeit zum Verband, außerdem war eine Lohn Differenz vorhanden. Wir gaben der Erwartung Ausdruck, daß ruhige Ueberlegung einen folgenreicheren Kampf verhüten würde. Letzteres ist nun erfreulicher Weise geschehen. In einer längeren Verhandlung zwischen der Firma und den Arbeitern eine neue Arbeitsordnung vereinbart worden, in der die Rechte und Pflichten beider Kontrahenten festgelegt wurden. Die Organisation der Arbeiter wird anerkannt. Der Bezirksleiter soll bei späteren Verhandlungen zugezogen werden. Unseren Kollegen an den Rumbstühlen wird der Lohn pro Meter um einen Pfennig erhöht. Hoffentlich ist damit der Zwist endgültig erledigt.

Elberfeld.

Ganz erheblicher Lohnabzüge wegen stehen seit dem 17. Mai bei der Firma Krakow u. Eiffert die Bandweber im Streit. Alle Versuche des Arbeiterausschusses, auf gutlichem Wege zu einer Verständigung zu kommen, scheiterten an der hartnäckig ablehnenden Haltung der Firma. Angeblich soll die Konkurrenz bedeutend geringere Löhne zahlen, besonders die Firma J. S. Carnap u. Sohn in Ronsdorf. Von dieser Firma hat Krakow u. Eiffert den Meister Wesbed übernommen, der anscheinend seine Tüchtigkeit damit beweisen will, daß er die Firmen zu Lohnherabsetzungen veranlaßt. Bei der Firma J. S. Carnap u. Sohn sind auch unter Meister Wesbed die Löhne erheblich herabgesetzt worden. Und die Erfolge für die Firma waren immer geringere Aufträge und der Verlust der tüchtigsten Arbeitskräfte, so daß heute nur noch ein paar Stühle in Gummiband laufen. Das ist nun die angebliche Konkurrenz von Krakow u. Eiffert. Als am 21. Mai der Ausschuss nochmals zu verhandeln suchte, wurde ihm von Herrn Aug. Krakow mit den Worten: Ich erkenne keinen Ausschuss mehr an, die Türe vor der Nase zugeschlagen. Die Firma will also den Kampf. Da heißt es für die Arbeiter, Solidarität üben und den Betrieb sowie etwaige Streitarbeit in anderen Betrieben zu meiden.

Enskirchen (Bezirk Aachen).

Abbruch eines Tarifvertrages. Nach langwierigen Beratungen und Verhandlungen ist es gelungen, für die Enskirchener Tuchindustrie, welche vorwiegend Militär-, Marine-, Post- und Eisenbahntuche herstellt, einen Tarif abzuschließen, der den Lohn der Arbeiter und Arbeiterinnen für die Dauer von fünf Jahren regelt.

Am 31. März d. J. waren die in einigen der größten Enskirchener Betrieben bestehenden Tarife abgelassen und von den beiden Organisationen, christlicher und „deutscher“ Textilarbeiterverband, im Auftrage der Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt worden. In den übrigen Betrieben bestand kein festes tarifliches Verhältnis mehr, da während der Verhandlungen bei der letzten Tarif-erneuerung im Jahre 1911 der Arbeitgeberverband, der in Enskirchen bestand, sich auflöste. Es war deshalb

beabsichtigt, in den einzelnen Betrieben vorzugehen. So wurden den Fabrikanten am 27. Februar die Wünsche und Forderungen der Arbeiter durch die Organisationen unterbreitet.

Die Weber forderten einheitliche Regelung der Bezahlung für Warten auf Material und bei Reparaturen an den Webstühlen. Ferner gleiche Tariflöhne. Hierbei sollte der Tarif der Firma G. Lückcrath, der in einzelnen Positionen verbessert werden sollte, als Grundlage dienen.

Die Tagelöhner in den Appreturen, Färbereien, Spinnereien usw. forderten eine Lohnerhöhung von 15% auf die Lohnklassen von 3 M. pro Tag und weniger, 10% für Löhne von 3 M. bis 3,50 M. pro Tag und 5% für Löhne über 3,50 M. pro Tag. Sodann Bezahlung der Ueberstunden mit einer Extravergütung von 25% pro Stunde. Bisher wurde für die Ueberstunden keine Extravergütung gezahlt.

Am 9. März erhielten die Organisationsvertreter vom Arbeitgeberverband der Textilindustrie von Gusskirchen die Mitteilung, daß er bereit sei, in einer gemeinsamen Kommission über die den Fabrikanten zugestellten Forderungen der Arbeiter zu verhandeln. Am 2. April fanden die ersten Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber zeigten Entgegenkommen in der Lohnfrage, erklärten jedoch, nur einen langfristigen Tarifvertrag abzuschließen zu können, da auch sie mit langfristigen Lieferungsverträgen rechnen müßten. Die Arbeiter nahmen einige Tage nachher Stellung zu den Zugeständnissen der Arbeitgeber. Die Weber legten ihre noch ausstehenden Forderungen in einer Resolution nieder und beauftragten die Organisationsvertreter, nochmals über diese Punkte zu verhandeln. Den Tagelöhnern ging das Entgegenkommen der Arbeitgeber nicht weit genug. Insbesondere wünschten sie bei der erstmaligen Lohnerhöhung 20 Pfg. mehr pro Tag, was die Fabrikanten jedoch entschieden ablehnten. Letztere wollten erstmalig nur 10 Pfg. pro Tag mehr zahlen.

In der darauffolgenden Verhandlung am 25. April wurden die Forderungen der Weber anerkannt, jedoch konnten die 10 Pfg. pro Tag, um welche es sich für die Tagelöhner noch handelte, nicht erreicht werden. Die Fabrikanten erklärten sich jedoch bereit, die niedrigeren Lohnklassen im Laufe der Tarisdauer schneller zu erhöhen als im Tarife vorgeesehen ist. Ferner wurde noch zugestanden, daß die in Accord beschäftigten Arbeiter bei Warten auf Material in entsprechendem Stundenlohn beschäftigt werden sollen. Schließlich erklärten sich auch diese Arbeiter mit den gemachten Zugeständnissen einverstanden, da ein weiteres Entgegenkommen der Fabrikanten nicht zu erzielen war und die Interessenlosigkeit vieler dieser Arbeiter ein weiteres Vorgehen nicht ratsam erscheinen ließ.

Die tariflichen Abmachungen haben folgenden Wortlaut:

1. Vertrag mit den Stundenarbeitern:

Der Vertrag mit den Stundenarbeitern läuft vom 1. April 1918 bis einschließlich 31. März 1918 und muß drei Monate vor Ablauf, spätestens am 31. Dezember 1917, von einer der vertragschließenden Parteien gekündigt werden, andernfalls läuft derselbe ein Jahr weiter.

Die Stundenarbeiter und Arbeiterinnen erhalten vom 1. April 1918 ab 10 Pfg., vom 1. Oktober 1914 ab 10 Pfg., vom 1. April 1916 ab 10 Pfg., vom 1. April 1917 ab 10 Pfg. Aufbesserung pro Arbeitstag entsprechend der Fabrikordnung. Heute über 60 Jahre erhalten die beiden ersten Steigerungen. Die dritte und vierte nach Leistungen.

Jugendliche Arbeiter befinden sich außerhalb des Tarifs. Die Accordsätze dieser Arbeiter und Arbeiterinnen werden entsprechend erhöht. Beim Warten auf Material werden die Arbeiter zu entsprechendem Stundenlohn anderweitig beschäftigt. Ueberstunden werden mit 20% Aufschlag vergütet. Die Mittagsstunde gilt nicht als Ueberstunde.

2. Vertrag mit den Webern.

Der Vertrag mit den Webern läuft vom 1. April 1918 bis einschließlich 31. März 1918 mit der Bedingung, daß vom 1. April 1916 ab ein halber Pfennig mehr pro 1000 Schuß für alle Webartikel bezahlt wird und daß der Vertrag drei Monate vor Ablauf, spätestens am 31. Dezember 1917 von einer der vertragschließenden Parteien gekündigt werden muß, andernfalls er auf ein Jahr weiterläuft.

Sollte aus irgend welchem Grunde der für 65 bis 66 taurige Stühle als normal angesehene Durchschnittsverdienst von Mark 24,00 pro Arbeitswoche entsprechend der Fabrikordnung von normalen Webern im Laufe eines Vierteljahres nicht erreicht werden, so muß der Verdienst entsprechend aufgebessert werden.

Weber, unter 21 Jahren und über 60 Jahre zählen hierbei nicht mit. Findet eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht statt, so wird die Angelegenheit durch eine gemeinsame Kommission erledigt.

Weber die warten, müssen im Betriebe beschäftigt werden und erhalten 35 Pfg., wenn sie vom Stuhle geholt werden 37 Pfg. pro Stunde, Weber unter 21 Jahren erhalten 30 bzw. 32 Pfg. pro Stunde.

Bei Reparaturen erhält der Weber von der Zeit seiner Meldung an 35 Pfg. pro Stunde.

Ausgenommen hiervon sind Schläger-, Riemen-, Treiber-Reparaturen und dergleichen kleinere Reparaturen. Ueberstunden müssen auf die Dauer von 6 Wochen im Jahre ohne Sondervergütung geleistet werden.

Gusskirchen, den 6. 5. 1918.

Genehmigt:

Für den Arbeitgeberverband:

v. Falkenhayn. Jof. Ruhr. Jof. Lückcrath.

Für die Arbeitnehmer:

Ewald Weber. Bernhard Brüggemann. Math. Marx. Jof. Wille. Theodor Wachendorf. Jof. Heinen.

Diese Abmachungen gelten für die gesamte Gusskirchener Textilindustrie, welche etwa 900 Arbeiter beschäftigt. Vier Betriebe gehören dem Arbeitgeberverbande nicht an, und wird es Aufgabe der dort beschäftigten Arbeiter und der Organisationen sein müssen, auch in diesen Betrieben den Tarifvertrag zur Anerkennung zu bringen, damit ein einheitliches Tarifverhältnis der Arbeiter herbeigeführt wird.

Jeder einsichtige Arbeiter wird anerkennen müssen, daß die Tarifbewegung mit einem schönen Erfolge

für die Arbeiter ohne Kampf zum Abschluß gebracht werden konnte. Zweifellos wäre dieses nicht erzielt worden, wenn nicht das Organisationsverhältnis, besonders bei den Webern, ein gutes gewesen wäre. Jetzt gilt es, die Organisation weiter zu stärken und zu befestigen, damit das tariflich festgelegte auch praktisch zur Durchführung kommt. Insbesondere haben die Tagelöhner in ihren Reihen ernstlich nach dem Nechten zu sehen. Im Laufe der Bewegung hat die Interessenlosigkeit mancher dieser Kollegen eine sehr ungünstige Wirkung hervorgerufen. Auch muß das Organisationsverhältnis in einzelnen Betrieben entschieden ein besseres werden.

Bemerkenswert ist noch, daß bei den Verhandlungen die Fabrikanten auf einige Orte hinwiesen, in welchen in der Militärtuchbranche von den Webern geradezu klägliche Löhne verdient werden. Während wir in Gusskirchen jetzt einen normalen Durchschnittslohn von 24 Mark pro Woche erreicht haben, sollen in Hersfeld, Wittstock, Prizball und Burg b. Magdeburg Durchschnittslöhne von 12, 15 und 16 Mark an Weber und Weberinnen gezahlt werden. Die Löhne der sonstigen Arbeiter sind noch bedeutend schlechter. Es wäre wahrhaftig an der Zeit, daß in diesen Gegenden Mitteldeutschlands mal ernstlich der Versuch gemacht würde, die Lage der Militärtucharbeiter zu verbessern. Die dort und anderswo gezahlten Löhne bilden ein ständiges Hemmnis für die Verbesserung der Textilarbeiterlöhne im Rheinlande.

Säckingen a. Rh.

Einen bemerkenswerten Erfolg erzielten die hiesigen Webereiarbeiter bei der Firma Verberich u. Co. In mehreren Versammlungen wurde zu dem bisher üblichen Lohnsystem und den Lohnsätzen Stellung genommen. Kollege Kiefer hielt jeweils einen Vortrag und fertigte auch eine von den Arbeitern einstimmig gutgeheißene Eingabe an, die der Firma übermittelte wurde. Eine Kommission hatte die Forderungen der Arbeiter zu vertreten, was auch in ganz geschickter Weise geschehen ist.

Die Firma prüfte in anerkennenswerter Weise die Wünsche ihrer Arbeiter und bewilligte eine Lohnzulage von 3-7 Prozent, was einem Weber pro Arbeitstag etwa 1,20 bis 1,50 Mark ausmachte. Auch für Warten auf Material und Reparaturen wurde von der vierten Stunde an eine Vergütung von 5 Pfennig pro Stunde gewährt.

Wenn der Erfolg auch nicht so war, wie die Arbeiter es forderten, so ist er doch als schöner Teilerfolg zu betrachten. Durch ihr Entgegenkommen hat die Firma gezeigt, daß es sehr wohl möglich ist, auf friedlichem Wege etwaige Differenzen und Wünsche zu erledigen. Mögen die Arbeiter daraus die notwendigen Lehren ziehen und sich stets vor Augen halten, daß nur durch ein einiges Zusammenhalten im Verbands für sie praktische Erfolge erzielt werden können. Was sagen dazu die Unorganisierten?

Aus unseren Bezirken.

Eine Spinnerkonferenz im Bezirk Baden.

Nun haben auch wir in unserem Bezirk den ersten praktischen Versuch gemacht mit einer Spinnerkonferenz. Dieselbe fand am Sonntag, den 27. April in Schopfheim statt. Aus zehn Orten des badischen Oberlandes und aus dem Breisgau waren Delegierte erschienen. Von den Ortsgruppen nahmen noch die Vorstehenden teil. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete eine Aussprache über die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Spinnereibetrieben. Bezirksleiter Kollege Kümmele hielt das einleitende Referat dazu. Er sprach vor allem über die Frage: „Wie ist es möglich, die Verhältnisse in den Spinnereien zu bessern und einheitlich zu gestalten?“ Der gegenseitige Austausch und die Vergleichung der Zustände in den einzelnen Betrieben förderte viel Material zutage, das durch Fragebogen noch ergänzt wurde. Für eine energische Weiterarbeit ist damit schon viel gewonnen. Festgestellt wurde, daß vereinzelt noch der monatliche Zahltag vorkommt. Im Uebrigen schwanken die Löhne zwischen 27 und 49 M. in 14 Tagen. Fast überall besteht noch ein Prämienystem von zwei bis sieben Mark per Lohnperiode.

In einigen Betrieben wird für Puzen und auf Spulewarten eine Vergütung bezahlt von 15-25 Pfg. pro Stunde. Der Lohn der Hilfsarbeiter wird ebenfalls verschieden berechnet. In einigen Betrieben hat man schon zahlreiche ausländische - meist slowenische und italienische - Arbeiter herangeholt, sodaß ganze Ausländerkolonien bestehen, sogen. „wilde Wöhnenviertel“. Die Wohlfahrtseinrichtungen sind in großer Blüte und beeinflussen den Lohn und die Abhängigkeit in hohem Maße. Die Insassen der Mädchenheime stehen unter fast slavischer Kontrolle und sind für die Organisation nicht erreichbar. Allgemein kam es zum Ausdruck, daß die Organisationsverhältnisse ausgebaut werden müssen, wenn es gelingen soll, das Los der Spinnereiarbeiter und Arbeiterinnen zu bessern.

Nachdem noch der Kollege Kiefer-Säckingen einige Mahnungen an die Vorstände und Vertrauensleute gerichtet hatte und sonstige geschäftliche Punkte erledigt waren, wurde diese erste anregend verlaufene Spinnerkonferenz mit einem kräftigen Liede geschlossen. Mögen nun die Delegierten an ihren Orten zielbewußt weiter arbeiten und die gewonnenen Erfahrungen benützen und bewerten, damit wir bis zur nächsten Spinnerkonferenz einen großen Schritt weiter sind.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Burgwaldbiel. Gegen den sozialdemokratischen Arbeiterrat in Krefeld nahm eine gut besuchte Versammlung unserer Ortsgruppe am 18. Mai Stellung. Referenten waren Wihl, Heutmann-Düsseldorf und Bezirksleiter Kollege Johann Müller-M. Glabbach. In der Diskussion meldete sich auch ein Lokalorganisierter zum Wort, um unsern Verband des Streikbruchs zu bezeugen. Er erhielt vom Kollegen Müller eine gründliche Abfuhr. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 18. Mai in Burgwaldbiel tagende Versammlung spricht ihre größte Entrüstung aus gegenüber dem Verhalten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes im Krefelder Färbekampfe. Sie hält die Taktik des christlichen Textilarbeiterverbandes für die allein richtige und vernünftige und spricht der Leitung des Verbandes Vertrauen und Anerkennung aus.

Erzingen. Ueber Standesfragen der deutschen Arbeiter und was muß jeder Arbeiter vom neuen Krantentafelgesetz wissen referierte Kollege Kiefer in unserer Versammlung vom 9. Mai. Leider war die Versammlung nur mäßig besetzt, und doch wäre es gewiß für manchen Arbeiter und Arbeiterin wichtig genug gewesen, sich über solche wichtige Zeitfragen unterrichten zu lassen. Als Schriftführerin wurde die Kollegin Luise Mühaupt bestimmt, welche das Amt auch annahm. Allen Mitgliedern rufen wir zu, haltet treu zu eurem Verbands, besucht auch die Versammlungen regelmäßig, lest unser Verbandsorgan genau durch und laßt euch nicht durch kleinliche, persönliche Widerwärtigkeiten von Verbands trennen.

Greven. Gegen den sozialdemokratischen Arbeiterrat in Krefeld. Eine sehr gut besuchte Versammlung hielt unsere Ortsgruppe am 16. Mai ab. Kollege Heutmann-Düsseldorf sprach über den Färbekampf in Krefeld. Gegen Schluß der Versammlung gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die heutige gut besuchte Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Greven nimmt nach einem Vortrag des Redakteurs Kollegen Heutmann Kenntnis von der Krefelder Bewegung und dem schändlichen Arbeiterrat des sozialdemokratischen Verbandes. Die Versammelten erklären sich mit den Maßnahmen und der Taktik des christlichen Textilarbeiterverbandes einverstanden und sind erneut zu der Ueberzeugung gekommen, daß der christliche Textilarbeiterverband die beste Vertreterin der Arbeiterinteressen ist. Die Versammelten wollen noch mehr wie bisher für den christlichen Textilarbeiterverband werden und sich von der Sozialdemokratie in keiner Weise trennen lassen.

Hannover-Linden. Die „großen“ Protestversammlungen des sozialdemokratischen Streikbruchverbandes. In seiner Nr. 20 berichtet „Der Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Verbandes, über zwei öffentliche Versammlungen, die man in Hannover-Linden und Hannover-Döhren abgehalten hat, um den „Streikbruch“ der „Christen“ in Krefeld „an den Pranger“ zu stellen. „Lebhafte Empörung“ soll sich der Anwesenden bemächtigt haben. „Herzliche Zustimmung fanden die Referenten“ Braun und Hendricks aus Krefeld. So der „Textilarbeiter“. Uns wundert nur, daß sich die hiesigen Genossen nicht schämen, überhaupt über die Versammlung zu berichten. Die eigenen Mitglieder am Ort glauben den Berichten des „Textilarbeiters“ ja nicht einmal mehr. Sehen wir kurz zu, wie es mit den Versammlungen in der Großstadt und roten Hochburg Hannover bestellt war. Die Einladungen gingen aus vom sozialdemokratischen Gewerkschaftskartell, welches nach Angabe der Genossen hier 40000 Mitglieder zählt. In der Versammlung in Hannover-Döhren hatte man vorsichtiger Weise mehrere „freie“ Gewerkschaftssekretäre mitgebracht. Dann den bedeutenden „Redner“ aus Krefeld. Ferner hatte man zur Vorfrist mehrere Delegierte des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, der in Hannover zur Zeit seine Generalversammlung abhält, zur „Bemächtigung“ der „Christen“ in Reserve. Streikende sozialdemokratische Bäcker einer nahen Brotfabrik waren ebenfalls erschienen. Ebenso waren zwei christlich organisierte Kollegen erschienen um sich den Schwundel anzusehen. Zudem waren durch eine Masse Flugblätter die circa 2000 Arbeiter der Wollwäscherei und -Kämmerei Döhren geladen. Und all, die kamen, ergaben eine Besucherzahl in der „Versammlung“ die stattliche Anzahl von sage und schreibe 36 Personen. Da wird man es uns nicht verargen können, wenn wir die Genossen mit ihrer Blamage allein ließen. Nur aus purer Gemütslichkeit sind wir nicht zur Versammlung gekommen. Die Genossen hätten sich ja ob des „gewaltigen“ Versammlungsbefuchs vor uns in Grund und Boden schämen müssen. Man kann auch füglich von uns nicht mehr Beachtung erwarten, wie von den eigenen 40000 Genossen. Wer so bei seinen eigenen Mitgliedern abgewirtschaftet hat, kann von uns nicht verlangen, daß wir ihn wieder auf die Beine bringen. Wir können nur unser stilles Beileid aussprechen.

Murg. Gegen den sozialdemokratischen Arbeiterrat in Krefeld. In unsere Mitgliederversammlung vom 14. Mai hielt Kollege Kiefer-Säckingen einen ausführlichen Vortrag über: „Die Krefelder Färbereibewegung und das Verhalten des roten Textilarbeiterverbandes“. Wer bisher noch nicht über die Einzelheiten dieses roten Demagogenspiels orientiert war, der wurde es durch den erwähnten Vortrag. Besonders hob Kollege Kiefer die verlogene Kampfesweise der roten Textilarbeiterzeitung hervor, mit der diese ihr dunkles Treiben in Krefeld verdecken muß. Der Beifall am Schluß des Vortrages bewies, daß die Mitglieder nur einen Abscheu gegen solche Machinationen kennen. Darauf gab Kollege Ammann noch einen kurzen Bericht vom Arbeitertag in Siegen. Nach einigen geschäftlichen Bemerkungen fand die schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Wiesbaden. Die „Massenflucht“ aus dem christlichen Textilarbeiterverbande. Der „Textilarbeiter“, Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, bringt in seiner vorletzten Nummer wieder einer der bekannten Schmutzartikel, worin getreu nach dem Rezept: „Streicht die Mitglieder und tretet die Führer wider den Bauch“, verfahren wird. Zunächst werden die christlichen Führer als „Gefahrengegnossen von Karl Gintze“, als „Verräter“, als charakterlose Menschen und dergl. beschimpft. Nachdem der „Textilarbeiter“ sich so eine Zeit lang in der Woffe herumgewälzt hat - da fühlt er sich bekanntlich am wohlsten - werden die Mitglieder unseres Verbandes aufgefordert, doch ja ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Und um nun auch gleich einen „Erfolg“ buchen zu können, heißt es dann weiter, daß in Wiesbaden allein in der vergangenen Woche 25 Mitglieder unseres Verbandes zum deutschen Verbands übergetreten seien. Die hiesige Arbeiterchaft weiß die Berichte aus Wiesbaden, sowohl im sozialdemokratischen Textilarbeiter wie in der sozialdemokratischen „Düsseldorfer Volkszeitung“,

richtig zu würdigen. Unsere Mitglieder amüsieren sich föhlich darüber, weil sie ab und zu auch mal gerne eine Anekdote lesen. Und die Bierjener Genossen? Na, die Leute wissen eben ganz genau, daß sie beschwindelt werden. Wie in diesen Berichten die Wahrheit vergewaltigt wird, wollen wir kurz an einigen Beispielen darlegen. Während der Aussperrung schrieb die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“, daß in Bierjener ganze Belegschaften den christlichen Führern die Gefolgschaft verweigerten und zum sozialdemokratischen Verbände übertraten. Wir stellen zunächst fest, daß dieses plumper Schwindel war. Damals traten in einer Belegschaft in Wirklichkeit 5 Mitglieder unseres Verbandes zu den Sozialdemokraten über. Das darf die „Düsseldorfer Volkszeitung“ aber nicht schreiben; denn bloß 5 Mitglieder, das zieht ja gar nicht! Da muß die Sache etwas geschmackvoller gemacht werden, und deshalb schreibt man einfach, „ganze Belegschaften.“ Wenn es auch gelogen ist, die Genossen verdauen solche Kost schon. Die Ursachen für den Uebertritt dieser „tapferen“ und „überzeugungstreuen“ fünf liegen bemerkenswertermaßen viel weiter zurück. Weil die betreffende Belegschaft augenblicklich in einer Lohnbewegung steht, wollen wir vorläufig nicht näher darauf eingehen; bemerken aber, daß, falls die Sache mal wahrheitsgemäß berichtet würde, dieses für die Gauleitung des sozialdemokratischen Verbandes durchaus nicht schmeichelhaft wäre.

Nachdem die christlichen Färber die Arbeit wieder aufgenommen hatten, schrieb die „Düsseldorfer Volkszeitung“ in einer Notiz aus Bierjener, daß auch ein christl. organisierter Färber aus Bierjener die Arbeit aufgenommen hätte. Der Kollege habe aber das „verräterische Vorgehen seiner Organisation“ erkannt, er hätte „nicht zum Verräter an seinen Arbeitskollegen“ werden wollen und sei deshalb von der Arbeit wieder fern geblieben. Das ist Schwindel. Beim Ausbruch des Färberstreiks kamen 3 christlich organisierte Färber aus Bierjener in Betracht. Einer dieser Kollegen wurde im Anfang der Bewegung krank und blieb 8 Wochen in ärztlicher Behandlung. Der zweite Kollege hatte, als die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde, gerade eine neue Stelle angenommen. Der dritte Kollege nun nahm am 5. April die Arbeit wieder auf; ihm wurde aber seitens der roten Färber derart zugefügt, daß er es vorzog, sich lieber andere Arbeit zu suchen. Als wir dem Kollegen die betreffende Notiz der sozialdemokratischen „Düsseldorfer Volkszeitung“ zustellten, schrieb er uns folgendes:

„Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich mit dem Vorgehen des christlichen Textilarbeiterverbandes, dem ich nach wie vor als Mitglied angehöre und dem ich auch für die Zukunft treu bleiben werde, voll und ganz einverstanden bin. Auch habe ich am Freitag, den 5. April, der Parole meines Verbandes folgend die Arbeit wieder aufgenommen. Daß ich Samstag, den 6. April, der Arbeit fern blieb geschah nur wegen der Drohungen der roten Färber und aus Furcht wegen des sozialdemokratischen Terrors.“

Heinr. Schmitter. • Hieraus erfieht man zur Genüge, wie die Mitteilungen aus Bierjener in den sozialdemokratischen Zeitungen zu bewerten sind. Bodenloser Schwindel ist es ferner, wenn der „Textilarbeiter“ den Anschein zu erwecken sucht, als ob die paar Uebertritte aus Bierjener durch das Verhalten unseres Verbandes beim Färberstreik bedingt wären. Auch hierfür einige Belege. Ein Mitglied B. aus Helenabrunn wurde krank und hatte laut Statut noch Anspruch auf 3 Mark Krankenunterstützung. Nachdem die Unterstützung ausgezahlt war, beschwerte B. sich und erklärte, falls er nicht mehr Unterstützung erhielt, trete er zum sozialdemokratischen Verband über, denn dort würde er noch weiter Unterstützung erhalten. Als wir dieses bezweifelten, nannte er uns ein früheres Mitglied S., ebenfalls aus Helenabrunn, das, nachdem es bei uns ausgezogen, ebenfalls zum sozialdemokratischen Verbande übergetreten sei und jetzt schon vier Wochen dort Krankenunterstützung erhielt. Ja, wenn im sozialdemokratischen Verbande mit solchen Mitteln gearbeitet wird, so braucht man sich schließlich nicht zu wundern, daß er Uebertritte aus anderen Organisationen zu verzeichnen hat. Daß wir aber solchen Mitgliedern keine Tränen nachweisen, sie im Gegenteil dem roten Verband von ganzem Herzen gönnen, versteht sich am Bande.

Noch ein weiterer Fall. Ein jugendlicher, in einer hiesigen Färberei beschäftigter Kollege, trat ebenfalls zu den „Deutschen“ über. Als wir einige Tage nachher eine Unterredung mit dem Vater des betreffenden Kollegen hatten, erklärte dieser, sein Sohn hätte zu den Sozialdemokraten überzutreten müssen, widrigenfalls hätte man ihn außer Acht gelassen. Man erfieht hieraus, mit welchen verwerflichen Mitteln man die Reihen des sozialdemokratischen Verbandes zu stärken versucht. Ein anständiger Mensch hat für solche Handlungsweise nur ein Wort. Dabei haben die Genossen auch noch die Stirn, sich ob solcher Uebertritte wichtig zu tun. Was nun die Zahl der Uebertritte, die der „Textilarbeiter“ angibt, betrifft, so läßt sich dieses nur folgendermaßen erklären. Entweder hat der Bierjener Filialvorstand des sozialdemokratischen Verbandes einen „Verzweifeltigungsapparat“, worauf die Uebertritte „verzweifeltigt“ werden, oder man arbeitet auch dort nach dem Rezept des Genossen Feinhalß, der seinerzeit in Aachen schrieb: Ein christlich organisierter Textilarbeiter, der zu uns übertritt, zählt für zwei. Ein Vorstandsmitglied zählt für drei. In allem U. argh wollen wir den Genossen noch verraten, daß die Ortsgruppe Bierjener des christlichen Textilarbeiterverbandes zur Zeit der höchsten Mitgliederbezahlend innerhalb zwei Jahre aufweist. So und nun können die Genossen weiter schwindeln.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes. In den Kriegsjahren, die schon seit geraumer Zeit am Weltmarkt und an der Börse hervortreten, gesellen sich neuerdings noch recht bedenkliche Erscheinungen am Arbeitsmarkte. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkte ist seit dem Ende des Leinwand- und Mänteljahres 1911 kein so günstiges gewesen, wie man im Hinblick auf die gewerbliche Hochkonjunktur hätte erwarten sollen. Im Herbst 1912 schien es, als ob die Ueberlastung des deutschen Arbeitsmarktes etwas nachlassen würde. Die Andrangsziffer laut zeitweise unter das Niveau des Vorjahres. In den letzten beiden Monaten hat sich jedoch wiederum eine Verschlechterung eingestellt, die angesichts der fast allgemeinen Ungewißheit

über den weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung besondere Beachtung verdient. Es kamen bei den an die Berichterstattung des „Arbeitsmarktes“ angeschlossenen Arbeitsnachweiser im März 1912 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 118,9 Arbeitsuchende. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahre eine Steigerung um 8,2. Im Februar 1913 ging die Andrangsziffer nur um 6,1 über den vorjährigen Stand hinaus, und im Januar konnte sogar eine Verminderung des Andrangs um 20,9 gegenüber dem Vergleichsmonat 1912 festgestellt werden. Die ungünstige Entwicklung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage ist um so auffallender, als in der laufenden Konjunkturperiode das Jahr 1913 ungefähr den Jahren 1906 und 1907 entspricht, besonders in der Bewegung des gewerblichen Beschäftigungsgrades und der Geldmarkt- und Produktionsverhältnisse. Es ist von Interesse, die Gestaltung der Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren mit früheren Konjunkturperioden zu vergleichen. In den Monaten Februar und März der Jahre 1896 bis 1913 kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

Jahr	Febr.	März
1896	147,5	117,7
1897	139,3	108,1
1898	134,2	103,5
1899	111,1	89,3
1900	113,1	99,8
1901	146,8	122,2
1902	208,3	148,9
1903	156,8	126,1
1904	134,2	100,4
1905	139,4	110,8
1906	120,4	100,9
1907	120,7	95,5
1908	151,7	130,5
1909	172,3	146,3
1910	142,3	118,1
1911	131,8	108,7
1912	125,3	110,7
1913	131,4	118,9

Daß im Jahre 1912 keine besondere Erleichterung gegenüber dem Jahre 1911 eintrat, hat seine Ursache bekanntlich darin, daß infolge der Mägenze usw. ein stärkerer Bezug vom platten Lande nach den Städten einsetzte. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit sollte aber eigentlich das damals in den Arbeitsmarkt gekommene Neuangebot längst absorbiert haben. Dafür spricht auch die beträchtliche Zunahme der Zahl an offenen Stellen im Jahre 1912. Normalerweise hätte die Andrangsziffer im Jahre 1912 auf das Niveau der Jahre 1899/1900 und 1906/07 zurückgehen müssen. Wenn statt dessen eine Steigerung eintrat, so ist dies wahrscheinlich vorwiegend darauf zurückzuführen, daß durch die lange Dauer des Balkankrieges zusammen mit der schweren Geldknappheit auch das deutsche Wirtschaftsleben stark beeinflusst wurde. Es muß nun abgewartet werden, welchen Einfluß die im April eingetretene Besserung der politischen Lage auf die wirtschaftliche Konjunktur ausüben wird.

Die Nacharbeit der Frauen im Auslande. Vor einigen Jahren hat in Bern ein internationaler Kongreß stattgefunden, in welchem unter anderem auch die Nacharbeit der Frauen beraten wurde. Namentlich allgemein wurde auf dem Kongreß anerkannt, daß der Nacharbeit der Frauen entgegenwirkt werden müßte. Als Gründe führte man besonders an: Schädlichkeit der Nacharbeit für den weiblichen Organismus, Störung des Hauswesens und des Familienlebens. Die auf dem Kongreß vertretenen Staaten verpflichteten sich daher in einem Uebereinkommen, die Nacharbeit der Frauen in ihrem Gebiete gesehlich zu unterzagen.

Seitdem haben fast alle Staaten das damals gegebene Versprechen erfüllt: Die Nacharbeit der Frauen ist heute überall entweder ganz verboten, oder bedeutend eingeschränkt. Ausnahmen machten bisher nur noch Spanien und Dänemark. Aber auch in Spanien soll nun die Frauennacharbeit gesehlich geregelt werden. Der Widerstand der Baumwollspinnereien ist gebrochen, so daß in der nächsten Zeit folgende Bestimmungen Gesetzeskraft erlangen werden: In allen Betrieben (Fabriken und Werkstätten) ist die Nacharbeit der Frauen verboten. Die Nacharbeit muß mindestens elf Stunden dauern und in jedem Fall die Zeit von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr morgens in sich schließen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn höhere Gewalten ein Arbeiten zur Nachtzeit gesehlich verlangen, oder wenn bei landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben die Rohstoffe beim Unterlassen der Nacharbeit verderben würden. Für die Textilindustrie hat man noch besondere Ausnahmen gemacht: Verheiratete Frauen und Witwen mit Kindern dürfen zur Nachtzeit auch in der Textilindustrie nicht herangezogen werden. Für ledige Arbeiterinnen und kinderlose Witwen müssen die Textilfabriken die Anzahl ihrer Arbeiterinnen jedes Jahr um sechs Prozent verringern, so daß von 1920 ab auch in der Textilindustrie die Nacharbeit der Frauen aufhört.

Anders in Dänemark. Auch hier hat die Regierung dem Reichstage ein Gesetz über die Bekämpfung der Nacharbeit der Frauen vorgelegt. Aber der Entwurf ist von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt worden. Außer den Baumwollspinnereien hatten in Dänemark auch die Wagnereibereiter gegen das Verbot der Nacharbeit Stimmung gemacht. Besonders aber verbietet hervorgehoben zu werden, daß sogar von Arbeiterinnenverbänden gegen die Einschränkung der Frauenarbeit zur Nachtzeit protestiert wurde. Hinter diesen standen nämlich die Frauenrechtlerinnen. Diese stellten sich auf den Standpunkt, daß die Frauen selbst frei darüber bestimmen sollten, ob sie nachts arbeiten wollten oder nicht. Und Arbeiterinnen ließen sich für diese Ansicht gewinnen. So etwas sollte man nicht für möglich halten. Wer läßt

denn der Arbeiterin, wenn sie sich weigert, Nacharbeit zu verrichten, und daher vom Betriebsinhaber entlassen wird? Dann sieht sie einfach auf der Straße. Die Frauenrechtlerinnen können ihr dann nicht helfen. Auch hier zeigt es sich wieder, daß mit einem öden Frauenrechtertum der Frauenwelt und den arbeitenden Frauen erst recht nicht gedient ist.

Briefkasten.

Freiwilliges Mitglied der Krankenkasse. Es hat für das betr. Mitglied keinen Zweck, freiwillig Mitglied der Kasse zu bleiben, da diese ihren Mitgliedern gegenüber, die ausgezogen haben, keinerlei Verpflichtung mehr hat. Die Kasse braucht auch einen in ärztlicher Behandlung stehenden Arbeiter nicht als freiwilliges Mitglied aufzunehmen. Für den Mann tritt nach 26 Wochen die Invalidenversicherung ein. Wird er wieder arbeitsfähig, tritt er von selbst wieder in die alten Kassenrechte.

Versammlungskalender.

- Amern St. Georg. 1. Juni, 10 1/2 Uhr, bei Witwe Bernhardt Clasen.
- Wocholt. 1. Juni, Langenbergstraße, Abrechnung der Ver- frauenmänner.
- Delmenhorst. 1. Juni, morgens 5 1/2 Uhr, Ausflug nach Bremen ins Museum, retour, per Bahn.
- Ettlingen. 1. Juni, 1/3 Uhr im Gasthaus zum Watterberg, Kaufbeuren. 8. Juni, morgens früh 1/5 Uhr, Ausflug nach Zinnenstadt. Dort Zusammenkunft sämtlicher Ortsgruppen des Nördens.
- Langenfeldbach. 31. Mai, 1/9 Uhr, im Gasthaus zum grünen Baum.
- Schtrup. 8. Juni, bei Bernhard Lammers (oben). Gleich nach dem Hochamt.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Peter Herrmanns in Wassenberg.
- Johann Thevissen in M.-Gladbach.
- Gottfried Honjan in M.-Gladbach.
- Matthias Königs in M.-Gladbach.
- Joseph Laden in Dülken.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

„Der Sport im Dienste der Sozialdemokratie“ ist der Titel einer vom Deutschen Rad- und Motorfahrer-Verein Concordia G. B. S. G. Bamberg herausgegebenen hochaktuellen Broschüre. Der Verfasser ist der 2. Vorsitzende, Postsekretär Reim, der es verstanden hat, einen umfassenden Einblick in die sozialdemokratischen Sportsorganisationen der Arbeiterturner, Arbeiterfänger, Arbeiterradfahrer usw. zu gewinnen und uns in der Broschüre anschaulich das Wesen, das Wirken aber auch die ungeheure Gefahr dieser mehr als 1/2 Million umfassenden Organisationen zu zeigen — dieser Vorschulen zur Sozialdemokratie. Die Broschüre ist im Buchhandel zum Preise von nur 35 Pf. erhältlich, um eine Massenaufklärung besonders im Interesse unserer Jugend zu ermöglichen.

Inhaltsverzeichnis.

Des Armen tiefste Not. — Artikel: Der Radikalismus in der Gewerkschaftsbewegung. — Ein neuer Skandal im sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande. — Die Entwicklung des freien Samstagnachmittags im Jahre 1912. — Das Verbrechen des Generalstreiks in sozialdemokratischer Beleuchtung. — Der Friede im Baugewerbe gesichert. — Fenilleton: Carbonisieren von Fasern und Geweben. — Allgemeine Rundschau: Mehr berufliche Ausbildung für die Textilarbeiterinnen. — Ein dummer Schwindel. — Die „Verliner“ und die „Selber“ sind ein und dieselben beim Unternehmertum. — Sozialdemokratische Moral. — Sie steht nicht still! — Herr Professor Dr. Bernhard ins Stammbuch. — Die rote „Vollstufensorge“. — Sozialdemokratische Gewalt-herrschaft in Emden. — Einigungsverhandlungen im Maler-gewerbe. — Auch ein Erfolg des belgischen Generalstreiks. — Aus unserer Industrie: Zur Lage der deutschen Leinwand-industrie. — Bericht über die Lage der deutschen Textilindustrie. — Eine Interessengemeinschaft der deutschen und schweizerischen Sticker- und Spitzen-Industrie. — Zollfreier Veredelungs-verkehr für Seidengewebe. — Drei große Zahlungsstockungen in der M.-Gladbacher Textilindustrie. — Aus dem Verbands-gebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. — Lohnbewer-gungen und Arbeitsfreitigkeiten: Dingelstädt. — Oberfeld. — Gutschen. — Säckingen. — Aus unseren Bezirken: Eine Spinnerkonferenz im Bezirk Baden. — Berichte aus den Ortsgruppen: Burgwaldteil. — Gzingen. — Greven. — Hannover-Binden. — Murg. — Bierjener. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes. — Die Nacharbeit der Frauen im Auslande. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.